Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 3 Juni 1936 Nummer 33

Die Aufgaben der deutschen Revolution

Von **Paul Sering**

Die Untersuchung der ökonomischen Tendenzen, die dem faschistischen System zugrunde liegen, und der Eigenart dieses Systems selbst hat uns zu allgemeinen Schlußfolgerungen über die Rolle der illegalen oppositionellen Gruppen unter dem Faschismus geführt. Wir haben gesagt, daß ihre Zukunft davon abhängt, ob es ihnen gelingt, sich geistig und organisatorisch den neuen Kampfbedingungen und Aufgaben anzupassen, sich aus Resten einer geschlagenen Armee in Vorkämpfer einer revolutionären Zukunft umzuformen. Die geistige und organisatorische Vorbereitungsarbeit, die heute geleistet wird, entscheidet darüber, ob die geschichtlichen Chancen wahrgenommen werden, die große gesellschaftliche Erschütterungen früher oder später der Bewegung bieten müssen. Die geistige Vorbereitungsarbeit nun besteht in der Klärung der nächsten Ziele, der historischen Aufgaben der demokratischen Revolution in Deutschland.

1. Die Fragestellung.

Die notwendige Diskussion dieser Aufgaben ist bereits von den verschiedensten Seiten begonnen worden. Sie geht jedoch häufig von einer willkürlichen oder doktrinären, nicht realistischen Fragestellung aus. Die verschiedenen Publikationen malen sich die deutsche Revolution, wie sie sie wünschen. Ist der Verfasser ein grundsätzlicher Anhänger der Demokratie, so erörtert er die Methoden, durch eine Reihe neuer Verfassungsparagraphen die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Steht er auf dem Boden der proletarischen Diktatur, so beschäftigen ihn die Uebergangslosungen und Bündnisse, mit denen er sich seinem Ziele nähern kann. Will er als enttäuschter Nationalsozialist »nicht hinter Hitler zurück, sondern über Hitler hinausgehen«, so prüft er, welche der Institutionen des Dritten Reiches in das kommende Reich des »wahren« Nationalsozialismus einzubauen seien. Hat er gar keine Grundsätze, so legt er ein Verzeichnis der heute oppositionellen Richtungen an und erfindet eine Art revolutionärer Speisekarte, die jedem etwas bringen soll, um eine taktische Annäherung zu erleichtern und so eine psychologische Wirkung zu erzielen. Das gemeinsame Merkmal all dieser Programm-Schustereien, der doktrinären wie der opportunistischen, ist die Aufstellung von Wunschzetteln, denen keine konkrete Analyse des gesellschaftlichen Charakters einer Revolution im nachfaschistischen Deutschland zugrunde liegt.

Die konkrete Analyse ist aber die Bedingung einer realistischen Erkenntnis der Aufgaben, und damit ihrer Lösung. Ueber doktrinäre Gegensätze wird die Revolution zur Tagesordnung übergehen, ausgedachte Gesetzesbouquette wird jeder Tag revolutionärer Entwicklung zerpflücken und der Lächerlichkeit preisgeben. Nur die Erkenntnis der Aufgaben, die von der Geschichte selbst der kommenden Revolution gestellt sind,

kann eine brauchbare Richtschnur für das Handeln der Revolutionäre abgeben.

Die von der Geschichte gestellten Aufgaben, das sind die Bedingungen eines dauerhaften Erfolgs der antifaschistischen Revolution, die Bedingungen des Sturzes des Faschismus und der Vernichtung der Grundlagen seiner Macht. Sie bedeuten nicht die S c h r a n k e der revolutionären Bewegung, sondern das M i n d e s t m a ß, das erforderlich ist, ihren Sieg zu sichern. Sie ergeben kein neues sozialistisches Parteiprogramm. Das Programm der Sozialisten ist bestimmt durch die allgemeinen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung über die verschiedenen historischen und nationalen Etappen hinweg. Sie ergeben auch keine Kompromißplattform verschiedener demokratischer Kräfte, sie formulieren was jeder, der den Sturz des Faschismus m i t s e i n e n G r u n d l a g e n erstrebt, wollen m u ß. Erst daraus kann sich ergeben, wer sich im Kampf für diese Ziele verbünden und wer ein solches Bündnis führen kann.

Die Formulierung der Aufgaben muß schon heute, vor der revolutionären Krise, erfolgen. Aber sie kann nicht im historisch leeren Raum, losgelöst von den Bedingungen dieser Krise, gelingen. Wir müssen unsere Untersuchung daher mit dem Versuch beginnen, uns ein möglichst lebendiges Bild von diesen Bedingungen zu verschaffen.

2. Die revolutionäre Krise.

Wir haben noch nicht den Sturz einer faschistischen Diktatur erlebt. Die Erfahrungen, die wir heranziehen und kombinieren können, sind einerseits die Erfahrungen anderer demokratischer Revolutionen, andererseits die Erfahrungen des faschistischen Alltags. Soviel immerhin ist sicher, daß der Faschismus die Widersprüche, die ihn zur Welt brachten, nicht zu beseitigen, nur ihre Form zu ändern vermag; daß er neue, spezifische Widersprüche erzeugt; daß die Kräfte, die ihn tragen, normalerweise aber stark genug sind, um auch solche Spannungen auszuhalten, die jedes andere Herrschaftssystem gefährden würden. Es werden also große gesellschaftliche Erschütterungen eintreten müssen, bevor die gefesselten Klassenkräfte ihre Bewegungsfreiheit wieder gewinnen. Ueber die Art dieser Erschütterungen können wir nichts voraussagen — sie mögen in einem bereits verlorenen oder lang dauernden Krieg, einem plötzlichen ökonomischen Krisenchok oder einer rapiden Inflation, in der Kombination von ökonomischen Schwierigkeiten mit Führerkrisen im Apparat des Regimes bestehen — sicher ist nur, worin ihre Wirkung, der Beginn der revolutionären Krise, sich zeigen wird: in der Entfaltung selbständiger Kraft durch die gesellschaftlichen Klassen. In der Verhinderung jeder selbständigen Regung, im Zurückdrängen des Klassenkampfes unter die gesellschaftliche Oberfläche, seiner Zersplitterung in zahllose winzige Einzelreibungen, liegt die entscheidende Funktion des Faschismus. Versagt sie, so ist die Krise des Systems gegeben.

Aus dem Klassencharakter des faschistischen Regimes ergibt sich sofort, daß eine solche Krise niemals von der Seite der Bourgeoisie beginnen kann und wird. Jede einzelne bourgeoise Gruppe, ja auch die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit mag in gewissen Situationen mit dem Regime unzufrieden und insofern »oppositionell« sein. Dennoch wird sie niemals das Risiko einer Gefährdung des Regimes selbst und damit einer Entfesselung der ausgebeuteten Massen eingehen, solange das Regime seine Funktion der Niederhaltung noch erfüllt.

Das gleiche gilt für den militärischen und bürokratischen Staats-

apparat, soweit er durch seinen relativen Gegensatz zum Parteiapparat periodisch »oppositionell« wird. Alle diese Gruppen werden erst dann bereit sein, das Regime preiszugeben, wenn es in seiner entscheidenden Funktion ohnehin versagt — d. h. wenn die Massenbewegung bereits im Gange, der Zustand der Krise bereits geschaffen ist.

Die revolutionäre Krise wird also trotz aller Opposition »von oben« nicht mit einer Aktion von oben, sondern von unten beginnen — mit einer Aktion der ausgebeuteten Volksmassen. Die Erfahrungen aller demokratischen Revolutionen der letzten Jahrzehnte bestätigen diese entscheidende Rolle des Anstoßes von unten, selbst bei noch so großer Anhäufung von Widersprüchen in der Spitze. Und mit dem Faschismus, der kein vorkapitalistisches Ueberbleibsel, sondern das ureigenste Produkt der kapitalistischen Entwicklung selbst ist, ist die Bourgeoisie noch weit enger verbunden als mit andern Diktaturen.

Ein Anstoß von unten wird im hochindustriellen Deutschland mit größter Wahrscheinlichkeit eine Bewegung des industriellen Proletariats sein. Selbst wenn die Bewegung nicht in den industriellen Zentren beginnt, wird sie nur dadurch entscheidendes Gewicht bekommen, daß sie auf diese Zentren übergreift. Der entscheidende Faktor für die Möglichkeit einer revolutionären Krise in Deutschland ist und bleibt daher das industrielle Proletariat.

Mit dem Moment des Auftretens einer Massenbewegung hat der Kampf um den Sturz des faschistischen Regimes begonnen. Er kann mißlingen, wenn die organisatorische Vorbereitungsarbeit, die die spontan aufflackernden Bewegungen jetzt allein koordinieren kann, zu schwach war, wenn der Apparat noch fähig ist, schnell eine vorübergehende Lösung der Schwierigkeiten zu finden und die Bewegung durch die Kombination zersplitternder Teilkonzessionen mit gewaltsamer Niederschlagung zu unterdrücken. Der Faschismus kann auch eine politische Krise überstehen, wie die Erfahrung des Matteotti-Jahres gezeigt hat. Gelingt es jedoch der Massenbewegung, sich soweit durchzusetzen, daß die faschistischen Schranken des Klassenkampfs faktisch zerbrochen werden, so ist damit auch das politische System zerstört. Die Gegensätze unter seinen eigenen Trägern werden jetzt offen zutage treten, der offene Kampf um die politische Neugestaltung rückt auf die Tagesordnung. Die antifaschistische Revolution hat begonnen.

3. Die Bedingungen des Sieges der Revolution.

Von diesem Augenblick an hängt das Schicksal der Nation von dem klaren Zielbewußtsein der Revolutionäre ab. Es hängt davon ab, daß sie zielbewußt an die allseitige Vernichtung der Grundlagen der faschistischen Macht gehen. Diese Vernichtung muß gesichert werden durch die Entfaltung der Initiative und des Machtwillens der Volksmassen, durch die Brechung der politischen und ökonomischen Bastionen der Reaktion, und durch die Sicherung des ökonomischen Schicksals der Revolution.

1. Nur durch die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Massen an jedem Punkt und auf jedem Gebiet kann der Apparat der faschistischen Unterdrückung aufgelöst und der Geist der Unterdrückung aus den letzten Winkeln verjagt werden. Die Demokratisierung Deutschlands ist nicht mit der Aenderung einiger Institutionen geleistet; es handelt sich um eine geschichtliche Umwälzung im Charakter der Nation. 1918 haben die Deutschen allzu schnell wieder gelernt, Untertanen zu sein. Schon dieser Umstand allein hat die Demokratie entscheidend in ihrer Entwicklung ge-

hemmt. Nach der unerhörten Entmündigung des Volkes durch den Faschismus ist die Erweckung zu selbständigem politischem Leben ein um so schwererer, langwierigerer, aber auch um so mehr lebensnotwendiger Prozeß für die Sicherung der Freiheit.

Der erste Schritt auf diesem Gebiet ist die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit, die nicht in erster Linie eine Forderung ist, sondern durch ihre faktische Eroberung verwirklicht werden muß. Aber neben der Wiederherstellung der großen zentralen Klassenorganisationen kommt es auch auf die Selbstverwaltung an jedem einzelnen Punkt an, in jeder Gemeinde, in jedem Betrieb. Wir wissen nicht, ob die wiedererwachte Initiative der Massen die aus den Revolutionen von 1917 und 1918 bekannte Form der Räte annehmen wird; auf die Formen kommt es nicht an. Worauf es ankommt, ist, daß wir um der Vernichtung des Faschismus willen diese Initiative in jeder Form zu fördern haben. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Arbeiterklasse, aber durchaus nicht nur um die Arbeiterklasse. Für die Bauern vor allem wird die Wiederherstellung der Selbstverwaltung in Gemeinden und Genossenschaften entscheidende Bedeutung haben.

Besonders wichtig ist, daß kein Gebiet von der Demokratisierung ausgenommen bleibt. Die Revolutionierung der Nation darf vor dem Heer nicht Halt machen, wenn dies nicht erneut zur reaktionären Waffe gegen das Volk werden soll. Keine Revolution gegen den faschistischen Staat ist denkbar, die sich nicht gleichzeitig gegen die militärische Führung richtet und die Voraussetzungen eines völligen Neuaufbaus der Wehrmacht unter neuer Führung durch eine zeitweise Zerschlagung des ganzen Kommando-Apparats schafft. Umgekehrt muß die Revolution sofort mit der Errichtung ihrer eigenen Schutzwaffe, einer zuverlässigen Kerntruppe gegen die Reaktion, beginnen.

2. Wie für das Heer im besonderen, gilt ganz allgemein, daß die unzertrennliche Kehrseite der Entfaltung der Masseninitiative die Vernichtung des Unterdrückungsapparats ist. Dies gilt in erster Linie für den Apparat der faschistischen Partei selbst mit all ihren Nebenorganisationen, den Wehrorganisationen sowohl wie den ständischen Zwangsorganisationen, die durch die Wiedereroberung der Organisationsfreiheit in ihrer ganzen reaktionären Hohlheit enthüllt werden. Es gilt ebenso für den faschistischen Polizei- und Justiz-Apparat, endlich für den amtlichen und amtlich kontrollierten Propaganda-Apparat. Was Vernichtung der Apparate für die einzelnen verantwortlichen Träger dieser Apparate bedeutet, muß nach den Notwendigkeiten der Situation entschieden werden; im Zeitpunkt der Machtlosigkeit darüber zu phantasieren, ist müßig.

Die Macht der Reaktion beruht jedoch nicht auf ihren politischen Positionen allein. Eine deutsche Revolution, die die Wurzeln des Faschismus beseitigen will, muß endlich mit jenen ewigen Herden der Konterrevolution aufräumen, die immer wieder in der deutschen Geschichte die gleiche, verhängnisvolle Rolle gespielt haben. [Die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie ist eine unumgängliche politische Notwendigkeit jeder demokratischen Entwicklung in Deutschland.]

3. Der Sieg der Revolution hat aber nicht nur politische, er hat auch entscheidende ökonomische Voraussetzungen. Der faschistische Staat hat die wirtschaftlichen Eingriffe, die schon von der Republik unternommen wurden, vielfach erweitert. Ein Netz staatlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen bestimmt heute den Ablauf des deutschen Wirtschaftslebens auf allen Gebieten. Produktion und Preise der landwirtschaftlichen Pro-

dukte, Umfang und Richtung des Außenhandels, Kreditlenkung und Kartellpolitik, Lohnsätze und Investitionen werden in entscheidendem Umfang vom Staat beeinflußt. Ein großer Sektor der Produktion wird nur durch direkte Staatsaufträge in Gang gehalten. Im Zeitpunkt der Krise mag vieles davon sich geändert haben; doch sicher wird der Gesamtumfang der Staatseinflüsse noch gewachsen sein; sicher wird er im Zeitpunkt großer Schwierigkeiten besonders lebenswichtig für die gesamte Nation sein. Von einem raschen und entschlossenen Ergreifen und Herumwerfen des Steuers der staatlichen Wirtschaftspolitik wird die Entwicklung des Lebensstandards des Volkes, Lösung oder Verschärfung der Schwierigkeiten, die zur Krise führten, und damit das Schicksal der Revolution selbst abhängen. Direktionsloses Treibenlassen der Wirtschaft in dieser Situation bedeutet dagegen den Untergang der Revolution in einer wirtschaftlichen Katastrophe.

Damit stehen wir vor einem Problem, das durch die Entfaltung der Masseninitiative allein nicht mehr zu lösen ist, das vielmehr den bewußten planvollen Zugriff einer neuen revolutionären Staatsmacht fordert. Die Planung der Uebergangswirtschaft im Sinne der wirklichen Bedürfnisse der Nation, die Umlenkung der Investitionen von kapitalvernichtender Rüstung weg und zu den Industrien des Massenkonsums hin, der Abbau des Preiswuchers der großen Monopole, die Einleitung der Wiedereingliederung in die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Umwelt sind Aufgaben, die nur von einer zentralen Stelle nach einheitlichem Plan und mit höchster Machtvollkommenheit gelöst werden können. Die inhaltliche Richtung der Maßnahmen muß es ermöglichen, sie mit der freien Entfaltung der Masseninitiative im Lande zu vereinigen. Es ist an der Zeit zu fragen, w e r eine solche Staatsmacht der Revolution errichten und ausüben kann.

4. Die Klassenfronten in der Revolution.

Die Skizze der Mindestziele, die eine demokratische Revolution in Deutschland sich stecken muß, genügt, um zu erkennen, daß Bourgeoisie und hohe Bürokratie diese Revolution erbittert bekämpfen werden. Dies gilt nicht nur für diejenigen reaktionären Teile, die als Hauptstützen des faschistischen Regimes notwendig unmittelbare Angriffsziele der Revolution werden. Es gilt auch für die ökonomisch noch fortschrittliche, politisch traditionell liberale Bourgeoisie. Die liberale Bourgeoisie hat seit dem Entstehen einer mächtigen Arbeiterbewegung immer und überall die Verteidigung des kapitalistischen Eigentums gegen das Proletariat gegenüber dem Kampf gegen das Feudaleigentum vorangestellt. Sie hat im Kaiserreich nie von der Revolution zu träumen gewagt, außer in Albträumen, und in der Republik alles getan, um revolutionäre Maßnahmen gegen ihre reaktionären Konkurrenten zu verhindern. Sie hat den Faschismus nicht gerufen, aber sie hat sich ihm kampflos gefügt, denn der Faschismus war die einzige Alternative zu einem Machtzuwachs der Arbeiterbewegung, der ihr weit unerträglicher schien. Sie hat in der politischen Ohnmacht, in die sie der Faschismus gestürzt hat, doch immer wieder verstanden, ihre Interessen als Teil der allgemeinen Entwicklungsbedingungen des deutschen Kapitalismus zur Geltung zu bringen. Am Tage des Sturzes des Faschismus wird ihr Gegensatz zu den stützungsbedürftigen Teilen der Bourgeoisie ausgelöscht sein in der Solidarität des gefährdeten Besitzes.

Die Verselbständigung der Macht des Parteiapparats im Faschismus

und die Unterdrückung aller selbständigen Regungen der arbeitenden Klassen schafft einen Zustand, in dem nicht nur die liberale Bourgeoisie, sondern selbst die eigentlich führende Gruppe der herrschenden Klasse und die militärische und bürokratische Spitze abwechselnd oder gemeinsam kritisieren und damit den Nimbus von Opponenten gegen ein System erwerben können, das doch nichts anderes als die aktuelle Form ihrer eigenen Klassenherrschaft ist. Der Tag der Revolution wird alle diese Opponenten von gestern vereint sehen in dem Bestreben, ihren oppositionellen Kredit bei den Volksmassen abermals zur Verhinderung einer wirklichen demokratischen Umwälzung zu gebrauchen und soviel von der eben gestürzten Ordnung zu erhalten, wie nur irgend möglich. Die schnelle Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, die Stabilisierung der Revolution, bevor sie Zeit gefunden hat, mit ihren Feinden aufzuräumen, die Verhinderung der Selbsttätigkeit der Massen und die Erhaltung des alten Unterdrückungsapparats unter neuem Namen wird das Ziel sein, für das die bourgeois-bürokratische Opposition von gestern, die Reichswehr, der Stahlhelm und die Kirchenführung in die Schranken treten; ihr zentrales Losungswort aber wird der »Rechtsstaat« sein.

Es wäre Narrheit, zu verkennen, daß nach dem Grauen der faschistischen Willkürherrschaft dies Wort eine ungeheure Anziehungskraft haben wird. Millionen werden damit die Vorstellung der Wiederherstellung der persönlichen Freiheitsrechte, der Gesinnungs- und Gewissensfreiheit, all jener Garantien verbinden, die der Faschismus aufgehoben hat. »Rechtsstaat« und »Freiheit« werden für sie gleichbedeutend sein, zwei leitende Ideale einer großen Revolution. Und jeder, der um der Freiheit willen erst die Machtverhältnisse gründlich verändern will, bevor eine neue rechtliche Stabilisierung stattfinden kann, jeder, der aus dem Faschismus gelernt hat, daß ohne die Freiheit der Massen, ihre Rechte zu verteidigen, keine Rechtsordnung Bestand haben kann, wird von eilfertigen Schreibern der Bourgeoisie als Feind des Rechts und Umkehrer der faschistischen Willkürherrschaft verleumdet werden.

Wer wird gegen diesen materiellen und ideologischen Widerstand der Bourgeoisie konsequent die Ziele der demokratischen Revolution verfechten können? Wer wird imstande sein, gleichzeitig die Initiative der Massen überall zu entfalten und die vom Faschismus ruinierte Wirtschaft von zentraler Stelle in neue Bahnen zu lenken? Wer wird ohne Rücksicht auf die Kontinuität des faschistischen Rechts, auf die Heiligkeit des kapitalistischen Eigentums, auf die Ordnung des Untertanenstaates die Freiheit so fest auf neue Tatsachen gründen, daß ein neues Recht der Freiheit möglich wird? Es ist offensichtlich, daß diese Aufgabe konsequent nur von bewußten Sozialisten gelöst werden kann, die als Feinde des kapitalistischen Eigentums und Gegner jeder Klassenunterdrückung bereit sind, die demokratische Revolution gegen die bürgerliche Reaktion mit allen Mitteln zu sichern. Es ist offensichtlich, daß die demokratische Revolution in Deutschland nur unter Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung siegreich beendet werden kann.

Die Notwendigkeit der sozialistischen Führung liegt nicht darin begründet, daß die Aufgaben der demokratischen Revolution an sich spezifisch sozialistisch wären. Sowohl die Enteignung einzelner besonders reaktionärer und die Gesamtgesellschaft belastender Kapitalistengruppen wie eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik zugunsten der werktätigen Massen sind weit über die Sozialisten hinaus selbstverständliche Forderungen breiter antikapitalistisch gesinnter Volksteile. Katholische Arbeiter-

organisationen, bäuerliche und kleinbürgerliche Gruppen aller Art, auch die Nationalsozialisten selbst vor ihrer Machtergreifung haben sie häufig proklamiert. Aber der Kampf um die Durchführung dieser Forderungen stößt auf Widerstände, die rücksichtslos nur von Sozialisten gebrochen werden können, die sich nicht scheuen, im Kampf gegen die Sabotage der konterrevolutionären Bourgeoisie auch über das Mindestprogramm der demokratischen Revolution hinauszugehen, wo und soweit es der Kampf erfordert.

Die sozialistische Bewegung wird den Kampf für die vollständige Befreiung Deutschlands von den Ueberresten der faschistischen Barbarei nicht allein führen müssen. Sie wird ihn führen können verbündet mit all jenen Gruppen und Strömungen, welches immer ihre Organisationsform, die bereit sind für die Brechung der ökonomischen und politischen Bastionen der Reaktion, für die Umstellung der Staatswirtschaft im Interesse der arbeitenden Massen, einzutreten. Sie wird imstande sein, im rücksichtslosen Kampf gegen die bourgeoise, militärische und bürokratische Konterrevolution breite Massen aller arbeitenden Schichten für dieses Programm zu mobilisieren, wenn sie vorbereitet und entschlossen ist, zu seiner Durchführung die Regierung der Revolution zu bilden.

5. Um die Orientierung der Arbeiterbewegung.

Wir haben versucht, den allgemeinen Charakter der kommenden demokratischen Revolution in Deutschland und ihre allgemeinen historischen Aufgaben zu bestimmen. Wir haben gezeigt, daß die Rolle der Arbeiterbewegung in der Revolution, die Gegner, mit denen sie rechnen muß, und die Verbündeten, die sie gewinnen kann, sich aus diesen Aufgaben ergeben. Von einer solchen Orientierung aus bekommt die Aufgabe der geistigen und organisatorischen Vorbereitungsarbeit in der Gegenwart erst einen konkreten politischen Sinn. Auf dieser Grundlage kann man darangehen, im einzelnen zu untersuchen, wie etwa die Zerschlagung des Unterdrückungsapparats, die Enteignung von Großgrundbesitz und Schwerindustrie und die Umlenkung des Wirtschaftsapparats in der Richtung der Bedürfnisse des Massenkonsums vor sich gehen können.

Zunächst muß jedoch konstatiert werden, daß in der heutigen deutschen Arbeiterbewegung, soweit ihre Stimme im Ausland vernehmbar wird, über die Grundlagen selbst durchaus keine Einigkeit besteht. In einigen abschließenden Bemerkungen soll daher zu den verbreiteten Auffassungen Stellung genommen werden, um die Diskussion in Fluß zu bringen und damit eine Annäherung in diesen Fragen zu ermöglichen — die wichtigste Voraussetzung einer wirksamen und dauerhaften Einheitsbewegung.

In der Politik der deutschen Sozialdemokratie sind verschiedene Tendenzen erkennbar. Der programmatische Aufruf vom Januar 1934 hat in Sätzen, die auch im Aufruf vom Januar 1936 wiederholt worden sind, die Aufgabe der Partei aus der Orientierung auf die revolutionäre Krise entwickelt:

> »Der Sturz der Despotie wird sich, wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen, nur in der gewaltsamen Niederringung, nur durch den Sieg im revolutionären Kampf vollziehen. Er wird sich ergeben, wenn die Bedingungen einer objektiv revolutionären Situation ausgenützt werden von einer entschlossenen, von radikalem Kampfgeist durchseelten, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus. Er kann nur erwachsen aus der Tat der Massen selbst.«

Der 1934er Aufruf entwickelt dann auch ein Mindestprogramm der demokratischen Revolution, das er mit den Worten abschließt:

»Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung...«

Der Gedankengang ist ganz der gleiche, wie hier entwickelt: Die grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse muß jeder neuen Stabilisierung vorausgehen; die Wahl der Volksvertretung wird ganz richtig als der erste Schritt zu dieser Stabilisierung angesehen. Im Aufruf von 1936 dagegen sind alle inhaltlichen revolutionären Aufgaben verschwunden, und nur die Volksvertretung wird unmittelbar der Despotie gegenübergestellt. Der Leser gewinnt den Eindruck einer Zielsetzung, die an der republikanischen Vergangenheit orientiert ist. Das abstrakte Schema der Demokratie tritt an Stelle der konkreten Aufgaben der demokratischen Revolution nach dem Faschismus.

Offensichtlich stellt die Auffassung von 1936 gegenüber der von 1934 einen schweren Rückschritt dar. Der Rückschritt wird nicht geringer dadurch, daß eine ausdrückliche Betonung der Revision unterbleibt. Je weniger die Gegensätze über lebenswichtige Fragen offen ausgetragen werden, desto größer wird die Verwirrung und Desorientierung im entscheidenden Augenblick sein.

Gegenüber der faschistischen Unterdrückung erscheint ein aus freien Wahlen hervorgehendes Parlament als ein selbständiges Ziel, als Symbol der Demokratie. In Wirklichkeit ist die freie Wahl eine der Ausdrucksformen der Demokratie, kein Ziel an und für sich. Wie leicht sie zur Waffe des Faschismus werden kann, wo die Voraussetzungen wirklicher Demokratie fehlen, hat das Ende der deutschen Republik gelehrt. Diese Voraussetzungen gilt es zu sichern; dazu muß die Aufmerksamkeit der Volksmassen nicht auf eine einmalig gewählte zentrale Vertretung, sondern auf die Entfaltung ihrer eigenen Aktivität gerichtet werden. Die Demokratie nach dem Faschismus von der allgemeinen Volksvertretung her b e g i n n e n, heißt den Kampf für die Demokratie durch die Krönung ihres Schattens ersetzen und beenden.

Das zu betonen ist um so notwendiger, als neuerdings auch die Kommunisten ihr Herz für die Nationalversammlung entdeckt haben, in der Meinung, damit führten sie einen Kampf für die Demokratie. Der Aufruf ihrer Brüsseler Parteikonferenz verbindet diese Forderung zwar mit einer Fülle von Einzelforderungen, doch fehlen so entscheidende Punkte wie die Verstaatlichung von Großgrundbesitz und Schwerindustrie. Natürlich bleiben diese Forderungen — als Teil der allgemeinen Sozialisierung — Bestandteile des kommunistischen Parteiprogramms. Es kommt aber alles darauf an, sie als notwendige Bestandteile jeder d e m o k r a t i s c h e n Revolution unter den konkreten deutschen Verhältnissen zu begreifen.

Der Rückschritt der Sozialdemokratie und der Rückschritt der Kommunisten haben eine Ursache gemeinsam: Sie stehen im Zusammenhang mit illusionären Bündnishoffnungen. Man hofft, durch die Beschränkung auf die Nationalversammlungspropaganda Bundesgenossen im Kampf gegen Hitler zu gewinnen, die man durch radikalere Forderungen abstoßen würde. Doch wer für die faktischen Bedingungen einer demokratischen Umwälzung Deutschlands nicht zu haben ist, der ist eben für den Kampf gegen Hitler nicht zu haben. Wer die Entfesselung der Massenbewegung fürchtet, wird den Faschismus verteidigen, bis er ohnehin stürzt — um

am Tage nach dem Sturz den Kampf gegen die demokratischen Revolutionäre aufzunehmen, den Stimmzettel zur Nationalversammlung in der Hand. Wer die Parole der Nationalversammlung, die Parole des Abschlusses der Revolution, als Inhalt der Revolution verkündet und der Verwirklichung der Bedingungen der Demokratie voranstellt, der lenkt die sozialistische Arbeiterbewegung von ihrer revolutionären Aufgabe ab und erleichtert das Spiel der Konterrevolution von morgen.

Die kleineren revolutionären Gruppen kritisieren diese Politik im Geiste der kommunistischen Tradition. Unter ihnen hat die SAP in einer Artikelreihe konkret zu den Problemen der deutschen Revolution Stellung genommen. Sie legt das entscheidende Gewicht auf die Entfaltung der Masseninitiative und die Herausbildung von Räten, die sie der erwarteten bürgerlichen Uebergangsregierung entgegenstellt. Aus dem Konflikt der Doppelherrschaft, in der die Räte sich zu einer besonderen Arbeiter- und Bauernregierung neben der offiziellen Regierung entwickeln, soll schließlich durch ihren Sieg die proletarische Diktatur hervorgehen.

Wie die Orientierung am abstrakt-demokratischen Schema die sozialdemokratische und kommunistische Parteiführung, so verhindert die Orientierung am Schema der russischen Revoluton die SAP am konkreten Verständnis der Aufgaben. In Rußland geriet im Beginn der Revolution die politische Arbeiterbewegung in die Gefolgschaft der Bourgeoisie. Die Bolschewiki begannen erst nach ihrer Umstellung durch Lenin im April eine selbständige Politik zu propagieren und die Rätemacht der Regierung entgegenzustellen. Die Fortdauer des Krieges, die eine schnelle Stabilisierung verhinderte, gab ihnen die Zeit dazu — ein Zufall, dessen Wiederholung nicht garantiert ist. Die Arbeiterpartei, die in der Revolution sich durch irgendein Schema hindern läßt, so schnell wie möglich die Regierungsmacht zu übernehmen, ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen. So schnell wie möglich: d. h. sobald sie stark genug ist, gestützt auf die Massenbewegung die Aufgaben der Revolution durchzuführen. Doch diese Stärke kann sie nur erlangen, wenn sie vom Beginn der Revolution an die Uebernahme der Macht in der demokratischen Revolution selbst als ihr Ziel proklamiert.

Dies gilt für jede demokratische Revolution unter Bedingungen, die die Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung erfordern. Es gilt aber ganz besonders unter den Bedingungen des nachfaschistischen Deutschlands mit dem Riesenapparat seines Wirtschaftsstaates. Wir haben schon darauf hingewiesen, welche entscheidende Rolle 1918 die mangelnde Vorbereitung der Arbeiterpartei auf die Uebernahme des hochentwickelten Apparats für das Scheitern der demokratischen Revolution gehabt hat. Die Bedeutung dieser Frage ist seither noch ungeheuer gestiegen. Mit einseitiger Konzentration nur auf die Massenaktivität wird man ihr ebenso wenig gerecht, wie mit Planungsstudien im politisch luftleeren Raum. Soll die nächste deutsche Revolution gelingen, so muß die revolutionäre Partei geschaffen werden, die auf die Organisierung der Massenaktivität und auf die Leitung des Wirtschaftsapparats in gleicher Weise vorbereitet ist, die Partei, die ihre Kaders in den Betrieben und ihre Kaders unter der Produktionsintelligenz in gleicher Weise für die Führung der Revolution heranbildet, mit der gleichen Gründlichkeit, der gleichen organisatorischen Festigkeit und vor allem mit dem gleichen Willen zur Macht!

*

Einheitsfront und Einheitspartei

Von **R. Abramowitsch.**

Der Grundsatz »Einigkeit macht stark« hat für die Arbeiterklasse einen sehr konkreten politischen Inhalt, und seine Verwirklichung ist eine unumgängliche Voraussetzung dafür, daß das Proletariat die geschichtliche Aufgabe erfüllt, die ihm in der Gesellschaft der Gegenwart erwächst. Dennoch ist es bislang nur in außergewöhnlichen Fällen gelungen, die proletarische Klasseneinheit im Rahmen einer einheitlichen politischen Organisation zu verwirklichen. Diese Spaltung in Permanenz war selbstverständlich weder Zufall noch das Produkt des bösen Willens irgendwelcher Führer, die dem Marxschen Gebot ihre Gefolgschaft aufgesagt haben.

In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist das Proletariat eine millionenköpfige buntscheckige Masse, die sich aus sehr verschiedenartigen, je nach sozialer Abkunft, Kulturstand, materieller Lage, Mentalität, geschichtlichem Werdegang, Lebenshaltung und Tradition voneinander abweichenden Schichten zusammensetzt. Je komplizierter die politische und soziale Struktur der modernen Gesellschaft wird, je verwickelter die wirtschaftliche und weltpolitische Situation, je schwieriger und komplizierter daher auch die Lösung der sich dem organisierten Proletariat aufdrängenden Probleme der Politik und Taktik, um so geringer die Wahrscheinlichkeit, daß all diese ineinandergreifenden Probleme sich in den Köpfen der Proletarier, die den verschiedensten Schichtungen der Arbeiterklasse angehören, in absolut g l e i c h e r Weise widerspiegeln. Um so natürlicher wird daher auch das Auftreten taktischer und politischer Meinungsverschiedenheiten. Ihre Ueberwindung und die Ausgleichung der abweichenden Anschauungen ist unter den günstigsten Bedingungen ein schwieriger Prozeß. Wenn es aber, wie seit 1919, zwei internationale, organisierte, einflußreiche Kristallisationszentren des proletarischen Bewußtseins und Empfindens gibt, so muß an den entscheidenden Bruchlinien mit Naturnotwendigkeit ein Auseinanderfallen des sozialistischen Proletariats erfolgen. Daraus folgt, daß die Ueberwindung der vorhandenen Spaltung nur in dem Maße möglich ist, wie die Hauptursachen in Wegfall kommen, die die Spaltung auslösen und nähren. Die organisatorische Einheit des Proletariats kann unter den vorliegenden Bedingungen nicht die Voraussetzung, sondern erst das Ergebnis eines langwierigen Prozesses der politischen Evolution der Hauptströmungen der Arbeiterbewegung sein.

*

Wenn nun freilich die Möglichkeit der Wiederherstellung der wirklichen Einheit des Proletariats in die Ferne rückt, so geht daraus doch keineswegs hervor, daß nicht für eine bestimmte Zeitspanne und für bestimmte Aufgaben die Koordinierung des Handelns möglich wäre. Eine solche Koordinierung der getrennten Kräfte, wie sie zum Unterschied von der organisatorischen Wiedervereinigung gewohnheitsgemäß als »Einheitsfront« bezeichnet wird, ist im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre angesichts der geschichtlichen Ereignisse mehr denn einmal erheischt gewesen. Doch wissen wir alle, wie sehr auch der bescheidene Schritt auf dem Wege zur Einheit, den die Einheitsfront darstellt, erschwert wurde durch das eigene Beharrungsvermögen des Gespaltenseins, von der bewußten Spaltungstaktik der Komintern schon gar nicht zu reden. Eben

deswegen ward es zu einem großen und wichtigen Ereignis, daß der erste Einheitsfrontversuch in Frankreich gelang, daß trotz allen beklagenswerten Traditionen der fünfzehn Jahre Spaltung und »Umgehungsmanöver« eine enge und wirksame Zusammenarbeit der sozialistischen und der kommunistischen Partei im Juli 1934 in Frankreich zustande kam. Es stellte sich dabei heraus, daß selbst auf einem von den Schützengräben des Bruderkrieges zerklüfteten Boden die Möglichkeit bestand, unter Beiseiteschiebung alles Trennenden ein wirklich brüderliches Miteinanderarbeiten der verschiedenen Schichten des Proletariats durchzusetzen.

Kann es daher wundernehmen, daß der überraschende Erfolg des französischen Experiments die Hoffnungen aller Freunde der proletarischen Einheit in hohem Maße beflügelt und vor allem in Frankreich selbst nicht lediglich die Frage einer zeitlich begrenzten Aktionsgemeinschaft, sondern bereits die der Vorbereitung einer wirklichen organisatorischen Wiedervereinigung der Arbeiterparteien konkret auf die Tagesordnung gestellt hat? Im Prinzip hat diese Perspektive beiden Seiten vorgeschwebt, und es ist sogar zur Beschleunigung der Vorbereitungsarbeiten ein besonderer Ausschuß eingesetzt worden, der in erster Linie den Entwurf eines Programms für die zukünftige Einheitspartei ausarbeiten sollte. Nun sind seitdem anderthalb Jahre verstrichen, weitergekommen ist man nicht.

*

Hierfür ließen sich mancherlei Ursachen anführen, die allesamt auf die Taktik des Weltbolschewismus zurückgehen. Vor allem besteht gar kein Grund zu der Annahme, daß die Komintern jemals ernsthaft daran gedacht hätte, die kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern preiszugeben und sie in linkssozialistischen Einheitsorganisationen aufgehen zu lassen. Theoretisch mußte die Möglichkeit einer »Teilung der Einflußsphären« allerdings in Rechnung gestellt werden: Verzicht des Kommunismus auf eigene Organisationen außerhalb der Sowjetunion, Verzicht des internationalen Sozialismus auf seine Sektionen in der SU und auf jegliche Kritik am Sowjetsozialismus überhaupt. Doch ist jene Möglichkeit nie über den Rahmen einer rein theoretischen Konstruktion hinausgegangen, und es spricht absolut nichts dafür, daß sich der Bolschewismus zu einem solchen Schritt entschließen könnte*).

Einige Genossen haben freilich gemeint, eine solche Annahme darauf stützen zu können, daß die tatsächliche Verwirklichung der Einheit, und zwar mit Genehmigung der Zentralinstanzen des Weltbolschewismus, inzwischen in der Tat innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung erfolgt ist. Aber diese Genossen übersehen den grundsätzlichen Unterschied, den die Kommunisten zwischen ihrer Gewerkschaftstaktik und ihrer Taktik in bezug auf die politische Organisation des Proletariats machen. Die traditionelle Taktik der Komintern, die auf dem II. Weltkongreß (1920) inauguriert und seitdem immer wieder bekräftigt worden ist, besteht darin, daß die Kommunisten sich den allgemeinen Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen haben. Die Gründung eigener Verbände neben den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen war in der Regel sogar direkt untersagt. Gewiß haben die Kommunisten diese taktische Linie nicht immer eingehalten. Nichtsdestoweniger ist ihre grund-

*) Ich lasse hier die Frage unerörtert, ob eine derartige »Teilung der Welt« für den internationalen Sozialismus möglich und moralisch annehmbar wäre, was ich entschieden verneinen möchte.

sätzliche Einstellung zur gewerkschaftlichen Organisation seit jeher von ihrem taktischen Verhalten in parteipolitischen Fragen verschieden: in der politischen Ebene war ihnen die Spaltung zur Pflicht gemacht. Die Schaffung eigener kommunistischer Parteien, die den allerschärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Parteien zu führen haben, war im Verlauf der gesamten Geschichte des modernen Kommunismus das A und O der kommunistischen Taktik. Es ist einfach nicht denkbar, daß die Kommunisten in irgendeinem Lande den Versuch unterlassen, ihrem politischen Dasein organisatorische Formen zu verleihen. Es entspricht aber durchaus dem Sinn der kommunistischen Taktik, daß die Kommunisten der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation angehören und keine Parallelorganisationen ins Leben rufen, die den Gewerkschaften als solchen Konkurrenz bereiten sollen, von den kommunistischen Zellen und Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften abgesehen.

So ist die Wiedervereinigung der kommunistischen CGTU-Gewerkschaften mit dem französischen Gewerkschaftsbund, der CGT, keineswegs ein Verrat an der kommunistischen Ideologie, sondern nichts anderes als ein rein strategischer Rückzug. Daraus zu schließen, daß die französischen Kommunisten bereit wären, auch ihr politisches Sonderdasein aufzugeben, liegt kein Grund vor. In der letzten Zeit mehren sich eher die Hinweise auf eine neue Wendung der Komintern-Taktik, eine Wendung, die diesmal nicht auf eine Abschwächung, sondern auf eine erneute Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gerichtet wäre. Das bezeugen sowohl die Ausführungen des tschechischen Kommunisten Gottwald im »Rude Pravo« und im Februarheft 1936 der »Kommunistischen Internationale« (und Gottwald ist Mitglied des Sekretariates der Komintern!) als auch die Taktik der französischen Kommunisten.

*

In Frankreich sind, wie bereits oben hervorgehoben, verschiedene Schritte zur Umwandlung der Einheitsfront in eine organisatorische Wiedervereinigung unternommen worden. Der »Koordinationsausschuß«, der zur Bereinigung etwaiger Reibereien bei der Durchführung der Einheitsfront eingesetzt worden war, war zugleich auch mit der Abfassung eines Programmentwurfes betraut. Darauf ist — namentlich von sozialistischer Seite — viel Mühe verwandt worden. Aber je weiter die theoretische Arbeit fortschritt, um so deutlicher wurde sichtbar, daß die Kommunisten der Frage der Verschmelzung keinerlei Begeisterung entgegenbringen und den Prozeß der gegenseitigen Annäherung in dieser Frage praktisch möglichst bremsen. Trotz der im ganzen günstigen Entwicklung der Einheitsfront, die bewiesen hat, daß in der Praxis der Aktion enges und harmonisches Miteinanderarbeiten der beiden Parteien durchaus möglich ist, haben es die Kommunisten neuerdings für nötig befunden, den Entwurf eines Vereinigungsprogramms wieder aufzunehmen, den sie bereits vor zwei Jahren vorgelegt hatten und der einen ganz einseitigen kommunistischen Charakter hat. Mit anderen Worten: die Kommunisten stellen sich die organisatorische Vereinigung nur in Gestalt der Absorbierung der sozialistischen Partei durch die kommunistische, nur auf dem Wege der geistigen Kapitulation des Sozialismus vor dem Kommunismus vor. Eine solche »Einigung« wäre allerdings schon anno 1920 möglich gewesen . . .

Vergebens haben die Sozialisten protestiert, vergebens hat Léon Blum erklärt, daß die Sozialisten sich die Einheit nicht anders denken könnten als im Bilde einer »Metallegierung«, in der sich die besonderen Kenn-

zeichen der beiden sich schmelzenden Teile auflösen und spurlos verschwinden. Die Kommunisten haben auf diese Argumente bis jetzt in keiner Weise reagiert. Das hat seine Logik: spricht man von »Legierung«, so setzt man voraus, daß alle Partner die Bereitschaft mitbringen, die Merkmale abzulegen, die jeden von ihnen besonders kennzeichnen. Anders ausgedrückt: alle Teile bekennen sich dazu, daß ihre bisherige Gesamtanschauung unvollkommen gewesen ist und mancher Korrekturen und Abänderungen bedarf. So muß die Bemühung um die »Legierung« Hand in Hand gehen mit Kritik und Selbstkritik, mit der Bereitschaft, frühere Meinungen aufzugeben, eine Reihe eigener Ansichten und Lehrsätze als irrig einzugestehen. Ich weiß nicht, welche ihrer früheren Ansichten die französischen Sozialisten als fehlerhaft anzusehen bereit sind. Alle aber wissen ganz genau, daß sich bislang weder die französischen Kommunisten noch die Komintern als Ganzes jemals auf den Standpunkt einer wirklichen Selbstkritik gestellt oder irgendeine ihrer Theorien für falsch erklärt haben. Hat es doch sogar Dimitrov, der größte Reformator und Neuerer der Komintern, auf dem VII. Weltkongreß fertiggebracht, alle tragischen Fehler und Verbrechen des Kommunismus in Deutschland auf zweitrangige »Weichensteller« abzuwälzen, die diese oder jene Direktiven dieses oder jenes Plenums falsch verstanden oder falsch durchgeführt hätten.

Wie soll da die »Legierung« zustande kommen? Befindet sich denn überhaupt die leitende Spitze des internationalen Kommunismus zurzeit in einer Verfassung, die es ihr ermöglicht, im Ernst den Weg der Selbstkritik, des Eingeständnisses begangener Fehler zu beschreiten und damit die Bereitschaft aufzubringen, wenigstens zum Teil zuzugeben, daß die Sozialdemokratie in manchen Punkten recht gehabt hat? Ist nicht umgekehrt gerade im gegenwärtigen Augenblick das charakteristische Merkmal des in der Komintern herrschenden russischen Kommunismus außerordentlich gesteigertes Selbstbewußtsein, »Schwindligwerden vor lauter Erfolgen«?

*

Vielleicht wäre die Situation doch nicht so hoffnungslos, wenn alle Gegensätze zwischen Kommunismus und Sozialismus sich auf Differenzen programmatischer und taktischer Natur reduzierten und so das eigentliche Problem der Vereinigung darin bestände, mit mehr oder weniger Geschick eine versöhnende Formel zu finden. In Wirklichkeit aber besteht, wie Friedrich Adler (unter Berufung auf die berühmte Analyse Paul Axelrods in der »Iskra« und auf die Schriften Rosa Luxemburgs) in seinem Bericht an die Internationale richtig hervorgehoben hat, der entscheidende Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie in ihrer verschiedenen Einstellung zum Proletariat, zu der Methode der Organisation des Proletariats, zum Problem der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und ihrer politischen Partei. Unter dem Einfluß des russischen Bolschewismus groß geworden, hat der europäische Kommunismus von ihm auch die Idee des »Kommandierens«, der Diktatur der Partei über die Arbeiterklasse übernommen und in der Partei selbst als Organisationsprinzip die Methode eingeführt, die die Leninisten zwar fälschlich als »demokratischen Zentralismus« bezeichnen, die aber in Wirklichkeit die kaum verhüllte Diktatur der Parteizentrale über die praktisch stimm- und rechtlose Masse der Mitgliedschaft darstellt. Im Gegensatz dazu ist die europäische Sozialdemokratie und vor allem gerade der französische Sozialismus, durch die praktische und theoretische Schule

der weitestgehenden innerparteilichen Demokratie, der freien Aktivitätsentfaltung und Autonomie sowohl der lokalen Organisationen als auch der gesamten Parteimitgliedschaft gegangen, er ist in dieser Schule gewachsen und emporgestiegen. Wie soll da die »Legierung« zustandekommen, solange einerseits der Bolschewismus, andererseits der Sozialismus auf den alten Positionen bleiben?

Nachdem er die Masse seiner Mitgliedschaft zur Hochachtung vor dem Prinzip der autoritären Macht der Führer, zum blinden Gehorsam gegenüber der Zentrale, vor allem gegenüber dem gottähnlichen »Moskau« als der Inkarnation der höchsten Ideale der Revolution und des Sozialismus erzogen hat, kann der Kommunismus nahezu ungehindert manövrieren und seine Strategie und Taktik mit außerordentlicher Leichtigkeit ändern, ohne auf irgendeinen Widerstand der ihm ergebenen Massen zu stoßen, die es verlernt haben, zu widersprechen, unbequeme Fragen zu stellen oder auch nur, — sich zu wundern. Blindgläubig nehmen sie heute das Gegenteil von dem hin, was ihnen gestern gesagt worden. Anders die sozialistische Arbeiterklasse der europäischen Länder. Ihr kann man nicht befehlen, sie kann man nicht ungestraft einen Standpunkt abschwören und einem andern zujubeln lassen, sie kann man nicht, bevor sie nicht einen tiefgreifenden und schwierigen Prozeß innerer Umstellung und Umorientierung durchgemacht, aus einem Fahrwasser ins andere bugsieren.

Aber, so mag man einwenden, gibt es denn nicht in der politischen Wirklichkeit des heutigen Europas Faktoren, die auch die kommunistischen Massen mit Macht zur Einheit treiben? Macht sich denn nicht zurzeit ein Massendruck der Arbeiterklasse in der Richtung einer Sammlung aller revolutionären und proletarischen Kräfte bemerkbar? Gewiß, solche Tendenzen sind zweifellos vorhanden und wirksam. Allein die gewaltige, seit nunmehr 17 Jahren mit großer Energie und unerhörtem Aufwand an Kraft betriebene Arbeit der Komintern in den europäischen Ländern ist eben darauf gerichtet, den Apparat der kommunistischen Parteien in der Praxis unabhängig zu machen vor den spontanen Massenstimmungen, den kommunistischen Führern die Möglichkeit zu geben, sich je nach den Moskauer »Direktiven« zu entscheiden, ob sie im gegebenen Augenblick mit den Massen oder gegen sie gehen wollen. Der Drang zur Einheit ist nicht seit gestern erst in den Arbeitermassen lebendig geworden. Aus der Geschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte lassen sich nicht wenig Situationen aufzählen, in denen mit elementarer Gewalt bald in diesem, bald in jenem Lande der Wille zur Einheit des Proletariats durchbrach. Das hat indes die von Moskau gelenkten kommunistischen Parteien nicht gehindert, diese Bewegungen mit zustimmenden Redensarten abzuspeisen und die Einheit in Wirklichkeit zu sprengen und zu untergraben. Wenn nun die Moskauer Führer der Komintern im Jahre 1934 eine wirkliche Wendung zugunsten der Einheitsfront vorgenommen haben, so geschah das nur aus dem Grunde, weil die durch den Sieg des deutschen Faschismus neuangefachten Einheitsbestrebungen der europäischen Proletarier in diesem geschichtlichen Zeitabschnitt mit den außenpolitischen Interessen der Sowjetregierung zusammenfielen. Und man kann mit aller Entschiedenheit behaupten, daß ohne dies Zusammentreffen die Einheitsfront selbst in Frankreich das Tageslicht nie erblickt hätte.

*

Die außenpolitischen Interessen der Sowjetdiktatur, die diesmal glücklich zusammenfielen mit den Interessen der proletarischen Einheit in Europa, erforderten jedoch nicht die organisatorische Verschmelzung der

proletarischen Parteien im Sinne der französischen Sozialisten. Für den koordinierten politischen Kampf gegen die faschistische Gefahr in Frankreich oder der Tschechoslowakei, für die Schaffung einer für die Verteidigung der Sowjetunion gegen die räuberischen Attentate des Hitlerschen Imperialismus geeigneten europäischen Atmosphäre genügt auch die Einheitsfront, wie sie in Frankreich unter Führung des »Koordinationsausschusses« zustande gekommen ist. Darüber hinaus hat die Moskauer Diktatur vorläufig keine Wünsche. Und das entscheidet.

Sicher ist die Verwirklichung der proletarischen Einheit eine der wichtigsten historischen Aufgaben der Arbeiterklasse in der kommenden Zeit. Aber die Lösung dieser Aufgabe begegnet ungeheuren Schwierigkeiten. Es genügt nicht, das objektive Vorliegen einer historischen Aufgabe zu erkennen, es genügt auch nicht festzustellen, daß ein gesellschaftliches Bedürfnis zur Reife gekommen ist, um sicher zu sein, daß das Bedürfnis erfüllt, daß die geschichtliche Tendenz verwirklicht wird. Es gibt leider kein ehernes Gesetz, das die Erfüllung aller reifgewordenen geschichtlichen Aufgaben oder Bedürfnisse mit Sicherheit verbürgte.

An die Frage der Einheitsfront kann von zwei Seiten herangegangen werden. Man kann die Einheitsfront zunächst als praktisches Hilfsmittel ansehen zur Erreichung bestimmter vergänglicher, wenn auch durchaus wichtiger politischer Ziele (Abwehr der unmittelbaren Gefahr der Reaktion oder des Faschismus u. ä.). Unter diesem rein praktischen Gesichtswinkel läßt sich die Taktik der Einheitsfront relativ sehr einfach und leicht verwirklichen. Sie verlangt keinerlei ideologische oder moralische Voraussetzungen, sie setzt keinerlei innere Evolution der in Frage kommenden Parteien voraus und sie wird so zu einer elementaren Frage politischer Zweckmäßigkeit. Gewiß ist die Einheitsfront auch in dieser ihrer begrenzt praktischen Gestalt — z. B. in der gegenwärtigen politischen Situation in Frankreich — eine große Errungenschaft und etwas sehr Positives. Aber erstens ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik in dieser Form zeitlich und räumlich eng umgrenzt und kann keinen allumfassenden, weltumspannenden Charakter annehmen. Denn sie ist in der Praxis nur in den europäischen Ländern wichtig und zweckmäßig, wo die Reaktionsgefahr sehr akut ist und gleichzeitig die kommunistische Bewegung einen bedeutenden Machtfaktor darstellt. Und zweitens schwindet bei einer solchen Fragestellung jeder grundsätzliche Unterschied zwischen der Einheitsfront des Proletariats und jener breiten Koalition aller antifaschistischen Kräfte dahin, die unter dem Namen »Volksfront« Volkstümlichkeit erlangt hat. Hat die Einheitsfront zum wichtigsten oder gar einzigen Zweck die Abwehr der faschistischen Gefahr (oder die Erreichung bestimmter außenpolitischer Ziele), — ist es da nicht vorteilhafter, sie noch weiter zu verbreitern, alle antifaschistischen Kräfe des Landes mit einzubeziehen: das Kleinbürgertum, die Bauern, die liberaldemokratischen Schichten der Bourgeoisie, ja, selbst der Katholiken? Und sind von diesem Standpunkt aus die Radikalen und Radikalsozialisten nicht ein viel wertvollerer Bundesgenosse für die französischen Kommunisten, als selbst die sozialistische Partei? Freilich: für ein Wahlabkommen oder eine Regierungskombination mit den Radikalen (die einst unter dem Namen »Koalition« oder »Tolerierung« in Acht und Bann getan worden war und jetzt unter dem Titel »Volksfront« als Verkörperung der höchsten revolutionären Tugend erscheint), kann man in Frankreich die Sozialisten nicht entbehren; aber ihre Einbeziehung in diesen Block auf dem Umweg über die »Einheitsfront« hat unter diesen Umständen

gewissermaßen nur eine Hilfs- und Nebenfunktion und wenig gemeinsam mit der weitergehenden Einheitsfrontauffassung, von der wir oben gesprochen haben.

Die Einheitsfront in diesem zweiten, viel tieferen und grundsätzlicheren Sinne, ist unmöglich, ohne eine innere Evolution aller proletarischen Kräfte und Strömungen, ohne einen langwierigen, tiefgreifenden Prozeß geistiger und moralischer Annäherung zwischen Weltkommunismus und Weltsozialismus. Sie kann in diesem Sinne also auch nicht verwirklicht werden, ohne daß das sogenannte russische Problem gelöst wird, d. h. ohne daß in der Innenpolitik des Sowjetstaates eine radikale Wendung zur Arbeiterdemokratie erfolgt.

*

Wir sind uns durchaus der psychischen Wandlungen bewußt, die sich in den letzten Jahren in manchen Kreisen der europäischen Sozialisten durchgesetzt haben und deren Folge innerhalb dieser Kreise der völlige Verzicht auf jede oppositionelle Einstellung gegenüber dem Sowjet-»Sozialismus« ist. Hier wirken zusammen sowohl die tiefe Enttäuschung ob der Niederlage der Demokratie in Mitteleuropa als auch das drückende Bewußtsein der eigenen Ohnmacht im Angesicht des erstarkenden Faschismus und Imperialismus, als auch schließlich die Hochachtung vor den Erfolgen, die in Rußland mit der Methoden der Diktatur und Gewalt erzielt worden sind. Zu solchen Faktoren psychischer Natur gesellen sich — in den Ländern der Einheitsfront — auch »diplomatische« Erwägungen, die zahlreiche französische Genossen veranlassen, alle negativen Erscheinungen der Sowjetwirklichkeit, u. a. auch die empörendsten Akte des gegen die Sozialisten gerichteten Terrors, im Interesse des innerpolitischen »Burgfriedens« zu übergehen.

Dennoch ist offensichtlich, daß durch bloßes »Totschweigen« das russische Problem weder gelöst noch aus der politischen Wirklichkeit eliminiert werden kann. In einem gewaltigen Staate, der den sechsten Teil des Erdballs umspannt, ist von einer revolutionären Diktatur ein soziales und politisches Regime errichtet worden, das in der Geschichte der Menschheit einzig dasteht und das auf den Titel »sozialistisch« Anspruch erhebt. Bejaht der internationale Sozialismus in Gestalt der bestehenden Arbeiterparteien dies Sowjetsystem? Ganz oder mit Vorbehalten? Hält er — ganz oder mit Vorbehalten — diese neue Ordnung für s e i n e Sache, für eine sozialistische Ordnung und will er sie den Proletariern in seinen Ländern zur Nachahmung empfehlen? Ist er im besonderen der Meinung, daß die Stalin-Diktatur auf dem Wege der terroristischen Gewaltanwendung gegenüber den der elementarsten politischen Rechte beraubten Massen imstande sein wird, ein wirkliches Reich des Sozialismus zu errichten — oder daß sie vielmehr dazu verurteilt ist, in eine Art eines bürokratischen Staatskapitalismus, in eine Art »nichtkapitalistischen« Bonapartismus zu münden? Und hat nicht der europäische Sozialismus in b e i d e n Fällen die Pflicht, aus dieser oder jener Antwort bestimmte politische Konsequenzen zu ziehen: vorbehaltlose Billigung und Befürwortung im ersten Falle, Abgrenzung und auf Revision der für die Revolution verhängnisvollen Politik gerichtete sozialistische Kritik im zweiten?!

Diesen Fragen durch Schweigen entgehen, sich vor ihnen verstecken: das kann keine sozialistische Partei, die Achtung vor sich selbst, das kann kein sozialistischer Politiker, der in seiner eigenen Bewegung eine führende Rolle für sich beansprucht. Unmöglich ist aber auf die Dauer auch der Versuch, zwei entgegengesetzte, einander ausschließende Auffassungen

mechanisch zusammenzukoppeln: man kann nicht in seinem eigenen Lande oder für ganz Europa Sozialdemokrat sein und zugleich die terroristische Diktatur für Rußland gutheißen; man kann nicht daheim beweisen, daß Freiheit, Entfaltung freier Aktivität und Selbstverwaltung der werktätigen Massen notwendige Vorbedingungen der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft sind, und für Rußland gelten lassen, daß der Sozialismus auch mit Hilfe von GPU und Konzentrationslagern erfolgreich vorbereitet und siegreich verwirklicht werden kann.

Aber selbst wenn die Sozialisten Europas diesen politisch und moralisch zweideutigen Standpunkt beibehalten wollten, würden das ihnen die Kommunisten unmöglich machen. Denn wenn die Sozialisten — um der freundnachbarlichen Beziehungen zu den Kommunisten willen und im Hinblick auf die besondere »Empfindlichkeit« der Kommunisten gegenüber jeglicher Kritik — von jeder selbständigen, kritischen Stellungnahme zum Bolschewismus wirklich Abstand nähmen, würden doch die europäischen Kommunisten, wie das französische Experiment bereits erwiesen hat, nie und nimmer darein willigen, die »Erbsünde« der Sozialisten ebenso zu verschweigen. Nicht für eine Minute würde sie die Kritik an all dem, was spezifisch ist für den demokratischen Sozialismus im Gegensatz zum Kommunismus, unterbrechen. Die eifrigste Propagierung der bolschewistischen Methoden und Ideen, bekräftigt durch ständige Berufung auf die glänzenden Erfolge, die mit ihrer Hilfe in der SU erreicht worden seien; die rücksichtsloseste Ausbeutung des erzwungenen Schweigens der Sozialisten über das Tun der Bolschewiki; die praktische Verwandlung der Sozialisten in Komplizen nicht nur der sowjetistischen Propaganda, sondern auch des GPU-Terrorismus; das alles würde die Sozialisten sehr bald zwingen, die Passivität aufzugeben. Zuerst im Zusammenhang mit den von den Kommunisten propagierten Möglichkeit, die bolschewistischen Methoden auch in den europäischen Ländern anzuwenden, und dann auch im Zusammenhang mit Rußland selbst. Das Problem Rußlands, zur sozialistischen Tür hinausgeworfen, würde zum kommunistischen Fenster wieder hereinkommen.

Vorausgesetzt natürlich, daß die sozialistische Partei keinen politischen Selbstmord begehen will. Denn das Nebeneinanderbestehen zweier Arbeiterparteien, die im gleichen sozialen Milieu und in ständiger Zusammenarbeit miteinander wirken, ohne daß praktische Meinungsverschiedenheiten bestehen und ohne daß in den politischen Tagesfragen gekämpft wird, ist eine Sinnlosigkeit. Solche Parteien müssen sich verschmelzen, und wenn sie das nicht tun, so ist das vom politischen Standpunkt eine durch nichts gerechtfertigte Kraftvergeudung. Wenn sich aber die kommunistische Partei dabei noch das Recht vorbehält, durch ständige Lobpreisung und Verherrlichung des russischen Bolschewismus die spezifischen Grundlagen ihrer kommunistischen Weltanschauung in den Massen zu propagieren, während die Sozialisten sich freiwillig ein Schweigegelübde auferlegen und auf die Vertretung der spezifisch-sozialdemokratischen Ansichten verzichten, die undenkbar ist ohne Kritik am russischen Bolschewismus, so muß diese Anerkennung von zweierlei Recht die sozialistische Partei unweigerlich in äußerst gefährliche Situationen bringen. Aus solchen Situationen kommt sie nur heraus, wenn sie sich das Recht wiedergibt, am Bolschewismus Kritik zu üben.

Die Erfahrungen, die mit der Einheitsfront in Frankreich gemacht worden sind, bestärken uns in der Ueberzeugung von der Richtigkeit der These, die die russische Sozialdemokratie aufgestellt hat: das Problem der Einheitsfront ist vom Problem Rußland nicht zu trennen. Dauerhafte

Erfolge auf dem Wege der Einheitsfront, eine nennenswerte Verbreiterung und Vertiefung der Bewegung für wirkliche proletarische Einheit sind unmöglich ohne ernsthafte Aenderungen in der inneren Politik der Sowjetdiktatur. Der Schlüssel zur proletarischen Einheit ruht in Stalins Händen.

Schon um diese Tatsache allein vor der öffentlichen Meinung des Weltproletariats festzustellen, wären die von verschiedener Seite vorgeschlagenen direkten Unterhandlungen zwischen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Kommunistischen Internationale von höchster Bedeutung. Um so mehr, als es außerdem gilt, einen noch viel wichtigeren Punkt aufzuklären: nämlich, ob die Sowjetregierung wirklich den Weg der Demokratisierung des Sowjet-Systems zu betreten bereit ist, wie von vielen geglaubt, oder wenigstens behauptet wird. Es gibt deshalb keine bessere Möglichkeit, zu prüfen, ob und inwieweit diese unerläßlichen Voraussetzungen einer ehrlichen Einheitsbewegung vorhanden sind, oder wenigstens geschaffen werden können, als direkte Verhandlungen von Internationale zu Internationale.

Kein neuer Ricardo

Von **Arnold Bruggers**

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und mit der Entwicklung ihrer Widersprüche hat die bürgerliche Nationalökonomie frühzeitig vor der Aufgabe kapituliert, den wirtschaftlichen Gesamtprozeß theoretisch zu begreifen. Die klassische Schule hat sich in einfache Apologetik aufgelöst und die klügeren unter ihren Vertretern haben es vorgezogen, sich den Studien von Einzelproblemen zu widmen, wie der Beschreibung des Konjunkturzyklus, der Aufstellung von Nachfragekurven, den Studien über den Geldkreislauf usw. Sie pflegen dabei in der Regel das Phänomen einfach als Gesetz auszusprechen und in Ermangelung einer Gesamttheorie die existierende Welt des Kapitalismus durch ein mehr oder minder geschicktes Axiomensystem entweder als gegeben hinzunehmen oder auszuschalten.

Die Aufgabe einer wirtschaftlichen Gesamttheorie fiel damit den »Häretikern« unter den Nationalökonomen zu, jener Schule, die von den Physiokraten über Malthus bis zu Irving Fisher sich in Gegensatz zu den Klassikern stellte und die Harmonie der kapitalistischen Welt leugnet. Dieser Schule schlossen sich zumeist die kleinbürgerlichen Theoretiker des »Antikapitalismus« an: Eugen Dühring, Henry George, die Sozialrevolutionäre, die Social-Credit-Schule usw. Was all diesen Schulen gemeinsam ist, ist einmal die Erkenntnis, daß in der besten aller Welten nicht alle Rechnungen aufgehen und daß daher durch autoritativen Eingriff die Wirtschaft künstlich geregelt werden muß; zweitens daß sie die Widersprüche des Kapitalismus seinen »Auswüchsen« zuschreiben. Hätten es die Nationalsozialisten zu einer Theorie gebracht, so mußte sie sich ebenfalls auf dieser Linie bewegen. Der Erfolg dieser Schulen beruht aber heute nicht auf dem offensichtlichen Mißerfolg der Klassiker, die Tatsachen der Entwicklung kommen ihnen auch zu Hilfe. Ein Kapitalismus, der nur noch mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit von Millionen und mit Hilfe von staatlichen Stützungsaktionen funktioniert, eine Weltwirtschaft, die in ihre einzelnen Bestandteile zerfällt, ein soziales System, das

ständig den größten Belastungsproben ausgesetzt ist und mit jedem Tage neue Beweise seiner Unstabilität erbringt, das alles verlangt nach einer neuen Theorie.

Nun ist aber all den besprochenen Schulen gemeinsam, daß sie mit einem Minimum von theoretischen Gedanken auskommen und selbst dort, wo ihre Kritik an der Klassik berechtigt ist, keinen Beitrag zur Erkenntnis des Kapitalismus geleistet haben; ihre praktischen Verbesserungsvorschläge konnten sämtlich von der klassischen Oekonomie als lächerlich zurückgewiesen werden.

Dem will das Buch von J. M. Keynes abhelfen*). Er hat in der Tat für die kleinbürgerliche Ketzerei geleistet, was Ricardo und A. Smith für die bourgeoise Schulökonomie geleistet haben. Er liefert zugleich den ersten Versuch, ein Gesamtbild der kapitalistischen Wirtschaft in der Sprache der Grenznutzenlehre zu geben. Und darüber hinaus paßt er die gesamte bürgerliche Nationalökonomie an den gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Entwicklung an. Grund genug für einen Mann wie Cole, das Buch an die Seite von Ricardos »Principles« zu stellen. Grund genug für den Marxismus, sich darüber Rechenschaft zu geben, ob man sich zu dieser Theorie so zu verhalten hat wie Marx zu Ricardo.

Keynes spricht in der Grenznutzensprache; das stellt zunächst für den marxistischen Leser ein Hindernis dar, aber bei einigem guten Willen kann man ganz gut zurückübersetzen; wir werden uns also erlauben, da von Profitrate zu sprechen, wo Keynes von Grenzergiebigkeit des Kapitals spricht usw. Es ist ja in der Nationalökonomie, anders als in den Naturwissenschaften, das gute Recht jedes Autors, seine eigene Terminologie zu bilden, und das einzige, was man von ihm verlangt ist, daß er diese Terminologie auch strikt durchhält und sie nicht zu Unterschleifen verwendet. Es ist aber leider nicht nur eine Geschmacksache, ob man Grenzergiebigkeit oder Profitrate sagt; denn eine Grenzergiebigkeit wird es sicher auch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung geben, und es kommen leicht Irrtümer dadurch vor, daß man von der heutigen Gesellschaft in Worten spricht, die sich auf alle und jede Gesellschaft beziehen und den Charakter von Ewigkeitswerten beanspruchen. Das klare Wort Profit kommt bei Keynes überhaupt nicht vor, und wir werden sehen, daß er mit der von ihm geschmähten klassischen Schule diesen Hauptfehler gemeinsam hat, daß er von der heutigen Wirtschaft als von einer ewigen und allgemeinen spricht. Aber zweitens, und das ist böser, hält Keynes seine Terminologie nicht durch. Er erörtert ausführlich, daß als Maß für den Beschäftigungsgrad allein die Lohneinheit geeignet sei; ausgezeichnet, aber wie will Keynes eigentlich Vergleiche anstellen und mathematische Formeln aufstellen, wenn er für die Beschäftigung eine andere Maßeinheit wählt als für die mystischen Begriffe, die wir sogleich kennen lernen werden? Wenn auf der rechten Seite des Gleichheitszeichens Lohneinheiten stehen, so muß doch wohl die linke sich auch in Lohneinheiten messen, und wenn nun wiederum mit diesen Größen weiter gerechnet wird, so muß doch wohl dieses Maß für sämtliche vorhandenen Größen gelten? Wenn man aber die Lohneinheit zum Maß aller Größen macht, warum dann nicht in der Sprache der Arbeitswerttheorie sprechen? Man kann nicht den Arbeitswert als objektiv bestimmte Größe zur Maßeinheit machen und trotzdem im weiteren Verlaufe so tun, als spräche man nur von psychologisch bestimmten Größen. Hier ist die Terminologie schon mehr als eine Ge-

*) J. M. Keynes: The General theory of money, employment and interest.

schmacksfrage. Am bösesten aber wird es, wenn die grenznutzlerischen psychologischen Größen nun wirklich als aktive ökonomische Faktoren arbeiten sollen. Dann gibt es plötzlich eine »Kaufgeneigtheit« (marginal propensity to consume), von der auch nicht ein einzigesmal gesagt wird, in welchem Verhältnis sie zur »Kaufkraft« steht. Keynes macht hier den Fehler, den man schon seinem Ahnherrn Malthus nachgewiesen hat; er gibt keine Auskunft über den Kreislauf und die Herkunft der Kaufkraft; er ersetzt diese objektiv vorhandene Größe durch eine psychologisch definierte Maßeinheit für die willkürliche Bereitschaft, davon Gebrauch zu machen. Und wie wir später sehen werden, vergißt er ihre reale Herkunft gerade an der entscheidenden Stelle, wo er über ihre reale Größe verfügt, beim Lohn.

Nach diesen allgemeinen Reserven, die weniger Keynes als die ganze Grenznutzenschule treffen, wenden wir uns seinem System selbst zu.

Keynes geht von einer Kritik der klassischen Schule aus. Diese Kritik ist gründlich und unwiderruflich, weil sie in der Sprache geführt wird, die heute die Schulökonomie spricht. Keynes ist ein Meister in der Anwendung der grenznutzlerischen Begriffssprache und es gelingt ihm etwas, was den Marxisten nur sehr mangelhaft gelungen war: die immanente Widerlegung der Grenznutzenlehre. Wenn die Marxisten die Grenznutzler von außen angriffen, so verbarrikadierten sich die nur um so fester in ihrem letzten Zufluchtsort, indem sie mit immer neuen Begriffsbildungen immer neue Unterschlupfe für die Harmonielehre errichteten. Keynes steht innerhalb der Festung und kennt alle Schlupfwinkel. Er arbeitet die Widersprüche der Lehre so stark wie nur wünschenswert heraus, und wird so in der Tat zum Ricardo der Grenznutzenlehre. Wenn die Marxisten darauf hingewiesen haben, daß die grenznutzlerischen Arbeitsmethoden nur in dem Sonderfall einer in vollkommenem Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft anwendbar seien, so zeigt nun Keynes in einer überaus scharfsinnigen Untersuchung, daß die grenznutzlerische Begriffsapparatur in der Tat auf Axiomen beruht, die ihrerseits nur gelten können, wenn die Wirtschaft »voll beschäftigt ist«. Das trifft gleichzeitig auch die klassische Harmonielehre.

Man wird von diesem Buch an nicht mehr den Versuch machen können, die Krise auf äußere Umstände zurückzuführen, die nichts mit dem Kapitalismus zu tun haben. Dieser Nachweis allein würde genügen, das Buch zu dem bedeutendsten seit Ricardo zu machen, das die bürgerliche Oekonomie hervorgebracht hat. Keynes zeigt, daß die Nationalökonomen voraussetzen, was sie beweisen wollen: das wirtschaftliche Gleichgewicht.

Die klassische Oekonomie beruht nach Keynes auf folgenden Postulaten und Axiomen. Sie setzt in ihren theoretischen »ersten Büchern« (von denen Keynes mit Recht sagt, daß sie zumeist mit den »praktischen« geldtheoretischen »zweiten Bänden« nichts gemein haben), Geldlöhne gleich Reallöhnen; sie nimmt an, daß der Kampf um den Lohn bei voller Beschäftigung vor sich geht, und daher die Lohnraten immer den Gesetzen der »Grenznützlichkeit« gemäß an die augenblicklich herrschenden Phasen des Zyklus angepaßt sind. Sie setzt schließlich voraus, daß jedes Angebot identisch mit Nachfrage ist oder solche schafft.

Die klassische Theorie macht also Annahmen, die selten erfüllt sind und ganz bestimmt heute nicht gelten können. Keynes zeigt, daß die klassische Theorie daher nur einen einzigen Fall aus der Fülle der möglichen ökonomischen Konstellationen beschreibt. Er vergißt dabei allerdings, genau wie schon Malthus, daß sich jede Gesellschaft ihr eigenes Bevölke-

rungsgesetz schafft; was er selbst als »volle Beschäftigung« definiert, ist daher keineswegs identisch mit der Beschäftigung der ganzen proletarischen Bevölkerung, sondern nur mit dem Zustand, in dem Angebot und Nachfrage sich genau entsprechen. Aber es ist klar, daß selbst unter dieser Voraussetzung seine Kritik an der klassischen Schule berechtigt ist. In der Tat: die bürgerliche Oekonomie hat den Gesamtprozeß der Wirtschaft immer in derselben Weise behandelt, wie sie die Nachfragekurve für eine einzelne Industrie bei einer Marktanalyse behandelt. Bei einer Gesamtbetrachtung kann man nicht alle jene Faktoren als gegeben hinnehmen, die man in der Marktanalyse als gegeben annimmt. Verändern wir die Zinsrate oder die Akkumulationsrate, so ändert sich nicht nur das Verhältnis, in dem eine vorhandene Masse gesellschaftlichen Reichtums auf die verschiedenen Produktionsagenten verteilt wird, sondern es ändert sich auch das Gesamteinkommen der Gesellschaft und mit ihm eben jene Faktoren, die in der Vulgärökonomie als gegeben vorausgesetzt sind. Keynes gibt daher den von ihm selbst früher vertretenen Standpunkt auf, daß Veränderungen in der Zinsrate direkten Einfluß auf die Veränderungen in der Beschäftigungslage haben.

Auf Grund dieser Einsichten greift Keynes nun die Theoretiker des privatwirtschaftlichen Hochkapitalismus an; er zeigt, daß zur Erhaltung des Beschäftigungsgrades eine einfache Senkung der Löhne weder zu bewerkstelligen ist, noch, wenn sie gelingt, zum Ziele führen würde. Er empfiehlt statt dessen steigende Nominallöhe bei einer Geldpolitik, die wertmäßig doch den Reallohn nicht steigen läßt. Er ist ferner den Rentnerklassen durchaus feindlich; hier trennt er sich von seinem Vorgänger Malthus entschieden, denn er betrachtet die Bedeutung dieser Klassen für den Absatz der Luxuskonsumwaren als gering im Vergleich zu den Nachteilen, die eine hohe Zinsrate auf die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen und damit auf ihre Investitionslust ausübt. Er verlangt eine Wirtschaftslenkung, die für die gleichmäßige Entwicklung der Investierungen und der Konsumtion sorgt und die Zinsrate niedrig hält. Er geht sogar noch weiter und fordert öffentliche Arbeiten zum allgemeinen Nutzen.

Beginnen wir mit dem letzten Punkt. Keynes hat durchaus einen entscheidenden Punkt herausgehoben. In der krausen Sprache der Grenznutzentheorie und mit tausenderlei zwischengeschalteten Begriffen wie »Sparneigung«, Investitionslust«, »Grenzergiebigkeit«, »Gewinnerwartung« und anderen Ausflügen in das Gebiet der Psychologie gibt er doch zu, daß es der Profit und allein der Profit ist, den der Unternehmer von seiner Anlage erwartet und nach dem er seine Dispositionen richtet. Er zeichnet sogar ein Schema der »Grenzerwartung«, das den Konjunkturzyklus regiert. Im weiteren Verlaufe seiner Untersuchung vergißt Keynes aber an allen entscheidenden Stellen diesen Motor der kapitalistischen Wirtschaft. Er tut so, als seien es bloß die klassischen Nationalökonomen, die der kapitalistischen Wirtschaft ihr Profitstreben einreden. Er macht sich darüber lustig, daß in einer Welt, die der klassischen Oekonomie entspricht, die unproduktiven Beschäftigungen die gewinnbringendsten sind.

> »Pyramiden zu bauen, schreibt er, Erdbeben und selbst Kriege mögen den Nationalreichtum vermehren, wenn den klassisch erzogenen Staatsmännern nichts besseres einfällt. Es ist lustig mitanzusehen, wie der gesunde Menschenverstand sich dagegen wehrt, eine teilweise verschwenderische Form von Arbeitsbeschaffung anzunehmen, weil sie nicht auf gesunden Geschäftsgrundsätzen beruht, und darum lieber eine vollständig nutzlose Form vorzieht. Löcher in die Erde zu

machen und das Goldproduktion zu nennen, wird als beste Arbeitsbeschaffung angesehen, obwohl es nur Arbeit kostet und nichts zum Nationalwohlstand hinzufügt. Ebensogut könnte das Schatzamt auch Banknoten in angemessener Tiefe vergraben lassen und dann Privatunternehmungen nach guten Geschäftsgrundsätzen mit der Wiederausgrabung beauftragen; das würde ohne Zweifel die Arbeitslosigkeit beseitigen und unseren Reichtum enorm vermehren. Zwar wäre es vielleicht vernünftiger, Häuser zu bauen, aber unter den herrschenden politischen Widerständen wäre der oben beschriebene Weg immer noch besser als gar nichts; aber zwischen ihm und der Goldgräberei ist gar kein Unterschied. So wie Kriege der einzig gerechte Vorwand für große Anleihen sind, so ist Goldgräberei der einzige Vorwand dafür, Löcher in die Erde zu machen, ohne daß die Finanz sich über die Vernachlässigung der Geschäftsgrundsätze zu beklagen braucht. Zwei Pyramiden sind besser als eine, aber nicht zwei Eisenbahnen; wir sind so gut nach den gesunden Geschäftsgrundsätzen erzogen, daß wir uns hüten, der Nachwelt die finanzielle Last aufzubürden, indem wir ihr Häuser bauen, worin sie leben kann. Darum haben wir es nicht leicht, der Arbeitslosigkeit zu entrinnen. Wir haben diese Prinzipien angenommen, weil sie am besten geeignet sind, Individuen zu bereichern, die immer neue Rechtstitel auf Genußmittel anspeichern wollen, ohne daß sie sich deren irgendwann zu bedienen gedenken.«

Diese amüsante und geistreiche Gesellschaftskritik steht auf der gleichen Linie mit der Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus; sie zeigt auch alle seine Mängel. Keynes meint, wenn die dummen Kapitalisten nicht an ihrer verrückten »Liquidität« festhielten und sich standhaft weigern, unprofitable Anlagen zu machen, so ist das ihre Schuld. Er nennt das Streben nach Liquidität einen Fetisch und fügt richtig hinzu: Für die Gesamtheit kann es keine Liquidität der Investitionsgüter geben. Er übersieht geflissentlich, daß eine solche Gesamtheit gar nicht vorhanden ist, die einen Reichtum oder eine Sicherheit nötig hätte; er spricht von der Gesellschaft, als könnte sie Beschlüsse zu ihrem eigenen Besten fassen, und als ob nicht die existierende Gesellschaft darauf aufgebaut wäre, daß der einzelne Sicherheit, Liquidität seiner Güter und Profit ansammelt, ohne daß er sich deren je bedienen kann. Keynes will an diesen Zuständen nichts ändern, er hält am Privateigentum an den Produktionsmitteln fest. Macht aber ein Privater Gebrauch von den Wirtschaftsgesetzen, so qualifiziert Keynes ihn als Gangster. Aber zwischen diesem Gangsterismus und dem der Kidnappers ist der große Unterschied, daß der eine die Grundlage der Wirtschaft ist und der andere jenen unangenehm ist, die von dieser Wirtschaft profitieren. Es gibt keinen Nationalreichtum, sondern nur die Summe aller Vermögen, auch wenn ein Individuum dieses Vermögen vermehrt, indem es profitabel Löcher in die Erde bohrt. Die gesellschaftliche Wirtschaftslenkung, nach der Keynes verlangt, kann nichts daran ändern, daß ein wirtschaftlicher Kreislauf nur stattfindet, wenn Profite gemacht werden, und daß Arbeitsbeschaffung die »Wirtschaft« belastet, ganz gleich, ob sie vernünftig oder unvernünftig angewendet wird. Die großzügigere Anleihepolitik, die Keynes vorschlägt, bedeutet Inflation; er ist sich dessen auch vollkommen bewußt, wenn er davon spricht, daß der internationale Währungsstandard ein Fetisch sei und das Gesellsche Schwundgeld empfiehlt.

Es wird nun aber keineswegs klar, wie sich Keynes den Wirtschaftsvorgang als Gesamtprozeß eigentlich vorstellt. Bei aller genauen Unter-

suchung der »Konsumneigung« wird nicht gesagt, wer eigentlich zum Konsum geneigt ist. Sollen es die Arbeiter sein, die nach Keynes einen schwindenden Reallohn erhalten, oder die Arbeitslosen, die in seinen nützlichen Arbeitsprogrammen beschäftigt sind? Daß sie eine recht große Neigung zum Konsumieren haben, ist wohl nicht zu bestreiten; nur können sie dieser Leidenschaft leider immer weniger fröhnen. Den Kapitalisten auf der anderen Seite gönnt Keynes nicht ihre hohen Profite. Bleibt nur jene Summe, die heute als »Liquiditätsreserve« infolge »Liquiditätspräferenz« von den Kapitalisten einbehalten wird. Richtig ist, daß zwischen den Ersparnissen und den Investitionen eine Marge bleibt; aber mehr als einmal kann man doch nicht diese Gelder flüssig machen. Gehören sie einmal in den wirtschaftlichen Kreislauf und haben einen Wirtschaftsanstoß hervorgerufen, so treten genau die gleichen Probleme wie zuvor auf. Lassen wir ruhig mit Gesell und Keynes das Geld mit immer rasenderer Geschwindigkeit zirkulieren, so wird die Marge, die in Reserve bleibt, immer kleiner, während zu gleicher Zeit die Investitionserfordernisse immer größer werden. Wäre damit etwas gewonnen?

Wir können diese Frage direkt beantworten, indem wir den heutigen Zustand betrachten: Das in der Zirkulationssphäre hausende Geld möge als ein fester Fonds zur Bewältigung der Reibungswiderstände in dieser Sphäre betrachtet werden. In Wirklichkeit ist sogar dieser Fonds durch Heranziehung alter Vermögen in den Zirkulationsprozeß nicht größer, sondern kleiner geworden; die Ausbreitung des Kreditgeldes hat in der gleichen Richtung gewirkt. Unter dieser Annahme würde sich also der Kreislauf durch jene Summe bewältigen lassen, die als fest angenommen wird, während alle Waren sich gegenseitig tauschen. Eine Erhöhung der Warenmenge schafft unmittelbar Nachfrage und Angebot, denn wo auf der einen Seite verkauft wird, ohne gleich zu kaufen, da wird auf der anderen Seite gekauft oder gezahlt mit Geld, das für eine Weile geruht hat. Die Summe der in Ruhe befindlichen Gelder bleibt gleich.

Anders wenn plötzlich alle Kapitalisten nur verkaufen und nicht kaufen. Dann erhöht sich der Fonds der Zirkulationssphäre. Keynes meint, daß dies eintrete, wenn gleichzeitig die Profitrate sinkt oder unstabil ist und die Zinsrate hoch ist. Das ist aber nichts als der Zustand der Krise, wo sich das Verhalten der Kapitalisten zur Liquidität rapid ändert. Keynes zählt aber unter seinen fünf »letztlich unabhängigen Variablen« neben der Kauflust die Verhaltensweise zur Liquidität auf. Obwohl es ihm später gelingt, zur Erklärung des Krisenzyklus ohne die Variationen dieses für ihn so wichtigen Faktors auszukommen, verstellt er sich sämtliche ökonomische Theorie, indem er diese beiden Größen als unabhängige Variable annimmt.

Wir sehen also, daß die Liquiditätsreserve entweder eine Größe ist, die nicht in die Rechnung eintritt, oder aber eine mit dem Zyklus eng verbundene Bewegung ausführt. Indem Keynes diese beiden grundverschiedenen Bedeutungen des Begriffes nicht auseinanderhält, begeht er dieselben Irrtümer, die bereits die Väter dieser Schule begangen haben.

In Wahrheit nämlich gibt sich Keynes genau so wenig wie Malthus darüber Rechenschaft, wie die Nachfrage im Kreislauf zustandekommt. Er rechnet mit ihr als mit einer unabhängigen Größe. Er macht sich die Mühe, Bedingungen aufzuweisen, unter denen die Kaufneigung in verschiedenen Verhältnissen zur Kaufkraft wächst; aber er untersucht nicht das Verhältnis, in dem beide Größen zur organischen Zusammensetzung des Kapitals stehen.

Mit anderen Worten: Keynes greift aus der Fülle der Disproportionen, die aus der »Erwartung des Grenzertrages« entstehen, nur eine einzige heraus, nämlich das Verhältnis von Durchschnittsprofitrate und durchschnittlicher Zinserwartung. Seine Erklärung des Konjunkturzyklus kommt daher auch über die allgemeine Versicherung nicht hinaus, daß die Kapitalisten plötzlich inmitten des Boom das »Vertrauen« zur Realisierungsmöglichkeit ihrer Hoffnungen verlieren. Infolgedessen gelingt ihm weder eine Beschreibung des Zyklus im einzelnen, noch eine Kennzeichnung der Veränderungen, denen der Zyklus im Laufe der kapitalistischen Entwicklung unterlegen ist. Er begnügt sich mit der Forderung, die Zinsrate niedrig zu halten, um einen ständigen Boom zu erhalten. Die Begründung dieser Forderung ist wieder vollends malthusianisch; In früherer Zeit sei »volle Beschäftigung« gesichert gewesen, ein Zustand, in dem die Gesetze der klassischen Oekonomie und damit die Forderung nach hoher Zinsrate gelten; heute, im Zustand der Unterbeschäftigung, sei die Zinsrate solange niedrig zu halten, bis wieder Vollbeschäftigung eintrete. Als hinge die richtige Proportionierung von »Sparbereitschaft« und »Konsumbereitschaft« — wenn wir uns schon dieser Terminologie bedienen wollen — von dem freien Entschluß der Gesellschaft oder einer allmächtigen Regierung ab!

Sieht man aber von dieser Umkehrung aller Kausalverhältnisse ab, in der die kapitalistische Wirtschaft in Keynes' Darstellung erscheint, so bleibt ein Bild zurück, das richtiger als das von den Nachfolgern der klassischen Schule gezeichnete und moderner als das von den Klassikern überlieferte. Keynes spricht in seiner krausen Form die Widersprüche aus, in die der Kapitalismus geraten mußte. Er gibt in seiner Sprache Rechenschaft von den unerfüllten Voraussetzungen, die aus der kapitalistischen Wirtschaft ein System des wirtschaftlichen Gleichgewichts machen würden.

Wie wir bereis berichtet haben, scheut Keynes sich nicht, die Weltwirtschaft und insbesondere den internationalen Währungsstandard als »Fetische« zu behandeln. Er empfiehlt einen Merkantilismus mit dem Ziel einer mäßigen Entwicklung der nationalen Produktivkräfte und der Stärkung der »Konsumneigung«. Aber beginnen wir einmal mit der Keynesschen Theorie zu arbeiten, so kommen wir alsbald auf die gleichen Proportionen, die den Inhalt der klassischen Theorie bilden. Nach dem Keynesschen Schema der Grenzergiebigkeit würde sich eine Wirtschaft mit Unterbeschäftigung bis zu jenem Punkt entwickeln, wo sich die Kurven von »Kaufneigung« und »Investitionsneigung« überschneiden, d. h. »Vollbeschäftigung« eintritt. Damit ist aber wieder der Fall der klassischen Oekonomie gegeben, für den alle Widersprüche der klassischen Oekonomie gelten. Indem Keynes selbst »Vollbeschäftigung« als Ziel der von ihm vorgeschlagenen Wirtschaftspolitik aufstellt, zeigt er eigenhändig, daß seine »erweiterte« Nationalökonomie sich in allen Fällen auf die Fälle der von ihm bekämpften und der Engstirnigkeit geziehenen Gegner reduzieren läßt. Damit bleibt aber auch für die Oekonomie die Aufgabe bestehen, die gegenwärtige Krise und die gesamte Widersprüchigkeit des Kapitalismus nicht aus ihren Folgen, sondern aus ihren Ursachen zu erklären.

Bücher gegen die Barbarei

Von **Fritz Brügel.**

André Malraux hat seiner Novelle »Die Zeit der Verachtung« (Paris, Editions du Carrefour, 1936) ein Vorwort vorangeschickt, dem eine richtunggebende Bedeutung zukommt. Gegen des französischen Schriftstellers Novelle sind von manchen Seiten Einwände erhoben worden, ernsthafte und gewichtige Einwände, Einwände von Menschen, die aus eigenen Erlebnissen, die Welt der deutschen Gefängnisse und Konzentrationslager kennen, und die Bescheid wissen über das Leben in der deutschen Illegalität, das man erst später einmal beschreiben wird können. Aber es kann nicht auf den Naturalismus ankommen, nicht auf die Fülle der verarbeiteten Fakten, deren Richtigkeit im Falle der Novelle von Malraux über jeden Zweifel erhaben ist. Es kann nur auf die Frage ankommen, ob das lebendige Material künstlerisch geformt und wirksam gebändigt wurde. Niemals wird das Tatsachenmaterial allein von jener Wirkung sein können wie die dichterische Darstellung. Die Verlagsanstalt »Graphia« hat in ihrem Sammelband über die Konzentrationslager Fakten vorgelegt, die nicht so bald ihresgleichen haben. Alles Grauen, das die Novelle von Malraux darstellt, übertrifft dieser Sammelband um ein Tausendfaches. Aber die Wirkung der Novelle, die in ihrer Sparsamkeit, Konzentriertheit und Geschlossenheit den edelsten Vorbildern romanischer Erzählungskunst zugezählt werden muß, ist gewaltiger als jede noch so furchtbare Zusammenstellung furchtbarer Tatsachen.

Die Wirkung dieser Novelle kommt eben von der Vereinfachung der Ereignisse und der Menschen her, von der Gradlinigkeit der Darstellung: Sie ist weder von politischen noch metaphysischen Raisonnements belastet, so daß die Menschen und die Ereignisse unmittelbar wirken, unmittelbar als faktische Darstellungen, die mit allen Details lokaler, personeller und politischer Art beschwert sind. »Die Welt eines Werkes wie dieses hier, die Welt der Tragödie, ist immer die antike Welt; der Mensch, die Menge, die Elemente, die Frau, das Schicksal.« Dieser Satz ist wichtig; er erklärt die große Wirkung, die jedes so geformte Kunstwerk haben muß. So wie Aischylos die ganze Kompliziertheit der Perserkriege in die gewaltige Einfachheit seiner »Perser« gepreßt hat, so hat Malraux auf wenige Seiten ein Bild unserer Zeit gezeichnet und mit Recht überschrieben »Die Zeit der Verachtung«.

Die Vereinfachung, die dem Franzosen gelungen ist, konnte wahrscheinlich einem Deutschen gar nicht gelingen. Denn die deutschen Schriftsteller in den freien Ländern stehen der deutschen Tragödie zu nahe, was sie geschaffen haben oder schaffen werden, trägt oder wird andere Züge tragen als das Werk des Franzosen. Gerade darum ist es für die deutsche Literatur von Bedeutung, daß sich ein Franzose mit ihrem erschütternden Gegenstand beschäftigt. Was er im Vorwort für sich und sein Werk zu sagen hat, darf als ein Bekenntnis für die ganze antifaschistische Dichtung genommen werden: »Es ist schwer ein Mensch zu sein. Aber nicht schwerer, als ein Mensch zu werden, indem man, statt seine Besonderheit zu pflegen, seine Gemeinsamkeiten vertieft. Und diese nährt mindestens ebenso stark wie jene das, was den Menschen zum Menschen macht, das, was ihn über sich hinauswachsen, schaffen, erfinden, oder sich verzehren läßt.«

*

Walter Hornung nennt sein Buch »Dachau« bescheiden eine »Chronik« (Europa-Verlag, Zürich, 1936). Das Buch ist weit mehr als nur die chronologische Darstellung des Erlebten. Diese Chronik ist der erste Tatsachenbericht, der künstlerisch gestaltet ist, obwohl der Verfasser gar nicht mehr geben will als ein »umfassendes und wahrheitsgetreues Bild aus dem größten Konzentrationslager Hitler-Deutschlands...« Vielleicht ist gerade deshalb aus dieser Chronik mehr geworden, ein Kunstwerk, das erschüttert und anklagt; ein Kunstwerk, das die Entwicklung aller Menschen zeigt, die als leidende Helden in ihm auftreten. Furchtbar und erschütternd wie die Spaltung der Arbeiterbewegung im Lager selbst unter den Schlägen der SS Kraft behält; wie sie sich wandelt, wie allmählich die Gegensätze aus der legalen Zeit samt der ganzen Vergangenheit verblassen, schwächer werden, ihre entsetzliche Kraft verlieren, das gehört zu den stärksten Eindrücken, die dem Leser aus diesem Buch erwachsen. Von dem Gegensatz der Fraktionen der Arbeiterbewegung im Konzentrationslager konnten wir in manchen Berichten Kenntnis nehmen. Unseres Wissens zeigt Hornung als erster das Abschleifen des fraktionellen Gegensatzes und das Heranwachsen der Gemeinsamkeit durch das gemeinsame Schicksal. Hornungs Buch kann dem von Malraux verglichen werden. Hier wie dort werden Menschen menschlich dargestellt; Menschen, die ihrem Schicksal gegenüberstehen und die, die stark genug werden, dieses Schicksal zu meistern und zu überwinden. Hornungs Buch ist das Buch eines großen Schriftstellers, vielleicht eines Schriftstellers, der erst durch die Hölle gehen mußte, um die selbstverständliche Größe zu bekommen, die jede Seite dieser Chronik auszeichnet.

*

Robert Grötzsch hat unseres Wissens den der Zeit nach ersten Roman geschrieben, der aus der Emigration selbst geformt ist. (»Wir suchen ein Land«, Verlag Prager, Bratislava, 1935.) Das Schicksal der Emigration ist ein vielfältiges, vielfältig nach dem Land, in das der einzelne verschlagen wurde, vielfältig nach der Solidarität und Menschlichkeit, die er angetroffen, vielfältig nach Schmiegsamkeit oder Sprödigkeit, die der Einzelne besitzt. Die Emigration atomisiert, die Emigration vereinzelt, sie stellt jeden für sich vor sein Schicksal und zwingt ihn, damit fertig zu werden. Klar, einfach und grad erzählt Grötzsch das Schicksal einer Emigrantengruppe in der Tschechoslowakischen Republik. Er weiß jeder seiner Figuren ein individuelles Gesicht und eine besondere Haltung zu geben. Die Einfachheit des Buches ist es, die Eindruck macht. Sehr deutlich versucht Grötzsch gemeinsame Züge, die für alle Emigranten gelten sollen, festzustellen: etwa die Fremdheit, in der man sich befindet und die sich allmählich abschleift, etwa: die Unrast, die einen ein Land suchen läßt, das aber doch immer nur Ersatz bleibt für das, was man für eine Zeitlang verloren hat. Mit feinem Takt rührt Grötzsch alle heiklen und wunden Stellen des Emigrantenlebens an.

Von diesem Takt kann man leider bei einem anderen Buch, das die Emigration schildern will, nicht sprechen. Konrad Merz bleibt in seinem Buch »Ein Mensch fällt aus Deutschland« (Querido-Verlag N. V. Amsterdam, 1936) immer in der Sphäre des Privaten, höchst Persönlichen und das in höchst geschmackloser Weise. Wir müssen dieses Buch, so unlieb uns eine solche Haltung ist, ablehnen. Wenn wir statt darüber zu schweigen, über dieses Buch dennoch sprechen, so deshalb, weil wir glauben,

daß in Konrad Merz eine Begabung steckt, die, nach einer strengen Zucht, zu wirklichen Leistungen befähigt werden könnte. Es gibt in diesem Roman wirklich gute Stellen, dann aber solche, die einem ins Gesicht schlagen, die unerträglich sind, weil sie die Romantik einer Jugendbewegung verraten, die fremd allem Leben, fremd aller Politik und fremd aller Wissenschaft ist, die die deutsche Jugend erst fähig gemacht hat nazisch zu werden. Es wäre von größter Bedeutung, wenn aus der Emigration selbst eine neue literarische Kraft aufstiege und sich erwiese. Konrad Merz ist diese Kraft heute nicht, vielleicht wird er sie.

*

Ein Buch bis in sein Innerstes politisch legt Bernard von Brentano (»Theodor Chindler, Roman einer deutschen Familie«, Verlag Oprecht, Zürich, 1936) vor. Der Wiener Historiker Ludo Moritz Hartmann setzte einmal dem Satz Leopold von Rankes, die Geschichte habe die Aufgabe zu zeigen, wie es gewesen ist, die Antwort entgegen, die Aufgabe der Geschichte bestünde darin, zu schildern, wie es geworden ist. Diese Ueberzeugung marxistischer Geschichtsphilosophie steckt in der Methode von Bernard Brentanos Roman. Kein Wort von Hitler, kein Wort von Faschismus und Nazismus steht in diesem Buch, das mit dem Kriegsausbruch von 1914 beginnt und in den Novembertagen von 1918 endet. Es legt die Wurzeln des Nazismus bloß, es zeigt sehr wesentliche Kräfte in der deutschen Geschichte und Politik, die zur Katastrophe vorwärts trieben; die stärker werden mußten über menschliche, politische, moralische Ueberzeugungen hinaus, als sich ihnen die Wirtschaftskrise gesellte. Mit einer Deutlichkeit und Hellsichtigkeit, die an die besten Leistungen deutscher Prosa heranreicht, zeigt Brentano auf ein paar Seiten deutschen Revolutionsgeschehens das tragische Unheil, das aus der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung heraufwuchs.

Brentano handhabt seine Technik meisterhaft; in vielen Bildern und Einzelzügen formt er seine deutsche Familie so, daß sie immer wieder zum Spiegel für all das wird, was jenseits von ihr, im deutschen Volk und in seinen Klassen vorgeht. Meisterhaft ist Brentanos Sparsamkeit, seine Kargheit, die oft nur in einer Andeutung eine Situation, ein Entwicklungsstadium zeichnet, schärfer als es viele Worte vermöchten. Ein Buch wie das Brentanos erfordert ernsthafte Leser, die wissen, worum es geht, die aufmerksam lesen und keine Seite überschlagen. Mag sein, daß deshalb sogar Brentanos Buch Rezensenten gefunden hat, die dem Verfasser gutmütig-bösartig auf die Schulter klopfen, damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Rezensenten vergehen, die Leistung bleibt bestehen.

*

Anders als alle Bücher, von denen wir sprachen, ist das neue Buch Silones, »Brot und Wein«. (Europa-Verlag, Zürich, 1936) Anders als der italienische Faschismus, der weit mehr Verwandtschaft mit dem katholischen österreichischen Zwangsstaat hat als mit dem Hitlers. Silone schildert das Leben eines Illegalen, der aus der Emigration in die Heimat kommt, um in ihr zu arbeiten. Ins Politische übersetzt zeigt Silone die Entfernung zwischen Heimat und Emigration, die notwendigen Mißverständnisse, die falschen Einschätzungen und die verschiedenen Perspektiven; die verhängnisvolle Rolle der katholischen Kirche, die dem italienischen wie dem deutschen Faschismus die Mauer macht; die Lage der Kleinpächter; die moralische und materielle Lage der Intellektuellen und

Faschisten und die Lage der Illegalen. Beurteilten wir Brentanos Buch als ein historisches und zwar historisch im Sinne der marxistischen Geschichtsphilosophie erscheint uns Silones Buch als eine Soziologie der italienischen Gegenwart. Den romanischen Sozialismus, den französischen und italienischen, hat vom deutschen eines schon immer unterschieden, Vorzug und Mangel wahrscheinlich zugleich: die Strenge, die Orthodoxie, die straffe Bindung an die Theorie fehlen ihm. Es will uns scheinen, daß bei einem sozialistischen Kunstwerk gerade das, was in der Politik ein Mangel sein mag, Vorzug ist. Ein deutscher sozialistischer oder kommunistischer Schriftsteller wird sich, wenn er sich zu verteidigen hat, kaum auf die antike Tragödie und ihre Gesetze berufen, er wird seine Gründe immer und zuerst in den Klassikern des Marxismus suchen. Malraux wie Silone leben der Antike näher.

Der katholische Held von Silones Roman, ein ehrwürdiger Priester und Antifaschist, geht zugrunde am Zwiespalt zwischen dem, was er in seinem katholischen Glauben für richtig hält und der Wirklichkeit der Kirche, die dem Faschismus Folie und Lebenskraft gibt. In diesem Gegensatz aus dem Italien von heute steckt in Wirklichkeit ein Jahrhunderte alter wirklicher und brennender unversöhnlicher Kontrast, der Gegensatz zwischen Antike und Christentum. An der Unlösbarkeit dieses Gegensatzes, der durch den Faschismus in Italien wie in Oesterreich aktuell geworden ist, aktueller denn jemals vorher, geht Silones Priestergestalt zugrunde. Ihre Reinheit und Lauterkeit ist im Italien von heute nicht möglich, ihr S c h i c k s a l ist es, zugrunde zu gehen, so wie es das Schicksal des sozialistischen Helden in Italien ist, ins Unbekannte hineinwandernd von den Wölfen gefressen zu werden.

Im Sinne antiker Kunstgesetze wird in Silones Buch der Mensch vom Schicksal regiert. Auch hier die Vereinfachung wie in der Novelle von Malraux, die Vereinfachung, die die Erzählung erst zur Wirksamkeit bringt. Silone hat in »Fontamare« und in seinem Novellenbuch der internationalen sozialistischen Dichtung so reine und tiefe Bücher gegeben, daß man eine Steigerung nicht mehr für möglich hielt. »Brot und Wein« ist dennoch eine Steigerung geworden. Eine Steigerung, weil sie über die Fraktionen hinweg, den Kampf der Arbeiterbewegung als solcher schildert, weil sie so mit Fug und Recht allen Fraktionen angehört; weil sie fest und rein eine lebendige Dichtung vor den Leser stellt, die über den Kreis unserer Genossen und Freunde hinaus wirksam werden muß; weil sie den Gegenstand des italienischen Faschismus so darzustellen weiß, daß er in seiner entsitzlichen Wirklichkeit auch den Nichtitaliener ergreifen muß und ihm die anders gearteten Erscheinungen in seinem eigenen Lande deutlich macht.

Die antifaschistische Dichtung, das glauben wir in den hier besprochenen Werken zu sehen, nimmt den künftigen Zustand der europäischen Dichtung überhaupt voraus. Inniger als in der sozialistischen Dichtung vor dem Faschismus, ist der geistige Zusammenhang und die geistige Verbundenheit in der antifaschistischen Literatur. Sie ist im Kampf geworden, sie besteht in der Not, sie wird eines der wenigen Erbstücke sein, die die vom Faschismus befreiten Länder von der Emigration empfangen werden.

Innenpolitische Umschau.

»Ich kann nicht schweigen...«

— so lautet der Titel eines jüngst im Europa-Verlag, Zürich, erschienenen Buches, das als erstes seiner Art in vieler Hinsicht bemerkenswert ist. Der Verfasser, der vorläufig ungenannt bleiben will, dessen Persönlichkeit jedoch von einem Schweizer Staatsanwalt glaubhaft legitimiert erscheint, gehörte vom Ausgang des Weltkrieges bis zur Jahresmitte 1935 der äußersten deutschen Rechten an. Der Inhalt seines Buches beschäftigt sich mit den Hintergründen des Reichstagsbrandes im Februar 1933 und mit dem »SA-Putsch« vom 30. Juni 1934. Vieles ist schon seit langem im Ausland bekannt. Der propagandistische Wert des Buches liegt vor allem in der Tatsache, daß hier zum ersten Male von einem »alten Mitkämpfer« Adolf Hitlers eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse gegeben wird. Das geschieht in einer so wirkungsvollen anklägerischen Form, daß ein stärkerer Widerhall vor allem in bürgerlichen Schichten des Auslandes erwartet werden darf.

Ueber den sachlichen Inhalt hinaus, der nur von rechts erhärtet, was von links im wesentlichen zuerst behauptet wurde, besitzt das Buch für den kämpfenden Sozialisten auch noch eine andere interessante Seite. Es spiegelt in der Darstellungsweise seines Verfassers das Denken einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht nach drei Jahren Diktatur in Deutschland wieder.

Im Keller des Kolumbiahauses vom Juni 1934 fällt jenem gutbürgerlichen einst deutschnationalen oder reichswehr-verbundenen Teil der inhaftierten Parteifunktionäre etwas Merkwürdiges auf. Es ist die frappierende Aehnlichkeit der Provokateurmethoden, die Hitler-Göring in der Krisis des Jahres 1933 gegen die Arbeiterschaft erprobten und die jetzt gegen Teile der eigenen Partei, gegen die einstigen Koalitionsfreunde, den Stahlhelm und mißliebige Personen der Reichswehr, ebenso skrupellos zur Anwendung kommen. Der innere Mechanismus der nationalsozialistischen Diktatur wird dieser bürgerlichen Schicht innerhalb und außerhalb der Partei erst langsam spürbar. Ihre Vertreter brachten durch ihre positive oder passive Haltung den Nationalsozialismus an die Macht und erschrecken jetzt über die korruptionistischen und amoralischen Seiten dieser Gewaltherrschaft. So geraten denn die traditionellen bürgerlichen Rechtsvorstellungen weiter Kreise dieses Bürgertums immer stärker mit den drakonischen Willkürmethoden in Konflikt, die Hitler von Krisis zu Krisis anwenden muß. Bildet doch die Erhaltung des Gleichgewichts innerhalb seiner Partei stets die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche weitere Niederhaltung der ausgebeuteten Volksmassen. Den Bürger aber verstimmt dabei, daß es auch für seinesgleichen im Nationalsozialismus keine geschriebenen Persönlichkeitsrechte mehr geben soll. Es stört ihn, daß er um den Preis der Erhaltung des bürgerlichen Eigentums und der Massenausbeutung die allgemeine Rechtsunsicherheit für das gesellschaftliche Individuum und die Auslieferung des Staates an eine Räuberbande in Kauf nehmen muß.

So ist denn das ganze Buch ein einziger — wenn auch allgemein menschlich begrüßenswerter — moralisch juristischer Protest gegen Personen und Gangstermethoden des Nationalsozialismus im heutigen Deutschland. Es geht den Dingen nicht tiefer auf den Grund. Begreiflich, daß der Verfasser die Rettung nur im Militär sieht und in den Wunschtraum flüchtet: Eines schönen Tages wird in Deutschland alles von der »überparteilichen« Reichswehr im Stahlhelm besetzt sein. Eine hohe Generalität wird den Nationalsozialismus für abgesetzt erklären und die Staatsbürgerrechte des Volkes und die Parteien wieder herstellen. Man geht nicht fehl, wenn man diese »Zukunftslösung« des Verfassers für eine reine Reflektion seiner eigenen Erlebnisse in den beiden ersten kritischen Jahren der Hitlerherrschaft ansieht, als er konspirierenden Reichswehrzirkeln

angehörte. Zwar war auch damals die Reichswehr keineswegs ein politisch unabhängiger Akteur, aber doch in starker Neigung, sich mit den politischen Parteiresten der Rechten, dem Reichspräsidenten und den Wehrverbänden zu einem Staatsstreich gegen Hitler zusammen zu tun. Inzwischen hat sich das Verhältnis durch das Wehrgesetz, durch außenpolitische Erfolge und nicht zuletzt durch die Ausschaltung der SA am 30. Juni 1934 wesentlich bereinigt. Das Berufssoldatentum hat sich unter Hitler saturiert, der Riß in den Wehrverbänden zu seinen Gunsten vertieft und die überragende Stellung der Generalität im Staat dazu beigetragen, daß diese Reichswehr, die von der maßlosen Ausplünderung des Volkes weitgehend profitiert, den »Rechtsbrüchen« des Führers gegenüber beide Augen zugedrückt. Das schließt gewiß nicht aus, daß sie sich in einer neuen tiefen Krisis des Regimes, zumal in ihrem älteren Generationsbestand, wiederum nach einem neuen politischen Anlehnungspunkt umsehen wird. Daß sie dabei aus »alter Tradition« immer der feudalen Reaktion, z. B. den Monarchisten, den Vorrang geben dürfte vor dem sozialistisch geführten Volke, ist ziemlich sicher und auch dem Buche dieses Eingeweihten zu entnehmen. R. Paulsen.

Außenpolitische Umschau.

London schweigt.

Hitlers Sondermissionar, Herr v. Ribbentrop, ist sichtlich in Verlegenheit, für seine sich häufenden Englandreisen unverfängliche Vorwände zu finden. So sehr ist das »Europa des Umbruchs« nicht nur zum Geist, sondern auch zu den Allüren metternichscher Geheimdiplomatie zurückgekehrt, daß es zu Jagden, Badekuren und privaten Weekendeinladungen greift. Im vorliegenden Fall soll die Gastfreundschaft hitlerbegeisterter Lords die Kulisse für Berlins fieberhafte Bemühungen abgeben, mit London zu einem großen Akkord, vielleicht sogar zu einem politischen Bündnis, zu kommen.

Von Berlin aus gesehen, sind Zeit und Umstände eines solchen Angebots nicht ungünstig. Man hat in den drei Jahren nationalsozialistischer Außenpolitik ängstlich alles zu vermeiden gesucht, was einst das wilhelminische Deutschland in seinen unheilvollen Konflikt mit London hineinsteuerte. Das deutsch-englische Flottenabkommen brachte der von allen Seiten hartbedrängten Seeposition des Empire eine beruhigende Rückendeckung, ohne die z. B. die Stationierung der Great Fleet im Mittelmeer unmöglich gewesen wäre. An Paktangeboten zur Friedenssicherung für Westeuropa hat Hitler es nicht fehlen lassen, was trotz aller Enttäuschung über den Locarnobruch nicht ohne Wirkung geblieben ist, da es durch die betont sorgsame Neutralität Berlins im Abessinienkonflikt unterstrichen wurde. Wie sehr das Dritte Reich von der provokanten »Gottstrafe-England«-Haltung des kaiserlichen Deutschland abgekommen ist, bewiesen die Skagerakfeiern, die von Achtungsbezeugungen für den einstigen Gegner überflossen. »Deutschland und England haben in der Vergangenheit nur einmal Krieg gegen einander geführt, nämlich von 1914 bis 1918, und das war für beide ein Unglück.« Auf diese Formel war die Sprache von Rundfunk und Presse abgestimmt, wohlberechnet für englische Ohren, die in der Gegenwartsmisere für die lockenden Untertöne solcher Feststellung besonders empfänglich sind.

Was die Bemühungen Berlins um London im gegenwärtigen Moment so bedenklich macht, ist die sichtliche Versteifung der englisch-italienischen Differenzen. Schon geht es nicht mehr um Abessinien allein, der Logik imperialistischer Expansionen hat den Sieg Roms über den Negus längst in eine akute Bedrohung der gesamten britischen Position zwischen Gibraltar und Aden verwandelt. Ein italienisches Heer von siebzigtausend Mann in Lybien, ein solches von einer halben Million in Abessinien, ein befestigtes Rhodos im östlichen Mittelmeer und eine von italienischen Geschützen beherrschte Durchfahrt des Bab-el-Mandeb, das alles zusammen mit der Machtbasis im Mutterlande bedeutet eine Bedrohung der britischen Herzader, des Seewegs nach Indien, die London auf die Dauer nicht zulassen kann, ohne sich selber aufzugeben. Daran ändern auch die Friedenstöne

nichts, die in diesen Tagen von Rom nach London dringen, denn gerade das, was Mussolini als große Konzession an die britischen Sicherheitswünsche deklariert, nämlich die Anerkennung des nun geschaffenen Statuts, ist für London unannehmbar. Was nicht auszuschließen braucht, daß es trotzdem zu einer vorübergehenden Entspannung zwischen dem alten Empire und dem jungen Imperium kommt, denn es gehört zum Stil britischer Weltpolitik, solch schwere Auseinandersetzungen nicht übereilt auszutragen, sondern geduldig und wachsam den günstigsten Moment zum Zuschlagen ausreifen zu lassen. Aber der Ton der britischen Presse und das Schweigen der Regierung verrät, das der letzte Entschluß gefaßt ist. London resigniert und wartet.

Man wird sich also damit abfinden müssen, die britische Europapolitik künftig unter dem beherrschenden Aspekt dieser unausweichlichen Mittelmeerentscheidung zu sehen. Das stempelt alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der alten Stresafront gegen Deutschland zu vagen Illusionen. Die von Barthou begonnene, von Laval fortgeführte Politik, durch afrikanische Konzessionen Mussolinis Waffenhilfe gegen Hitler zu erkaufen, ist an der Unersättlichkeit des faschistischen Expansionsdranges gescheitert. Sie hat vom Uebel einer italienisch-deutschen Verständigung zum größeren Uebel einer gefährlich nahegerückten englisch-deutschen Freundschaft geführt.

Aber bleibt nicht noch die Möglichkeit eines englisch-französischen Bündnisses, verstärkt durch den russischen Pfeiler, um eine genügend sichere Friedensfront gegen den faschistischen Revisionskurs südlich und nördlich der Alpen zu schaffen? Die Antwort auf diese Frage werden die nächsten Wochen geben. Es sei nicht verschwiegen, daß dieser Lösung eine Reihe bedenklicher Hemmungen entgegen stehen: unverkennbare russische Schwankungen, die aus der Furcht Moskaus resultieren, eine fast fünfzehnjährige Zusammenarbeit mit Mussolini zu Bruch gehen zu lassen, ferner die englische Abneigung vor den mannigfachen Verpflichtungen in Mittel- und Osteuropa, die ein Block London-Paris-Moskau in sich tragen würde, und schließlich — wenigstens bisher — die selbstmörderische Kurzsicht Frankreichs, sich in anderer Richtung als gegen Deutschland aktiv zu engagieren. Es wird die historische Aufgabe Léon Blums sein, wenigstens den Versuch zu wagen, diesen tödlichen Zirkel zu durchschneiden und an seine Stelle die Kooperation der wahrhaften europäischen Friedensmächte zu setzen. Auch um den Preis einer — dann nicht mehr gefährlichen — Bildung des faschistischen Kriegsblocks.

Ob London für diese Lösung zu haben sein wird, ist ungewiß, bis zur Stunde sogar zweifelhaft. Verkennen wir nicht, daß die deutschen Lockungen geheimen Wünschen des britischen Mannes auf der Straße, der in insularer Beschränktheit doch immer noch an eine Teilung des kontinentalen Friedens glaubt, entgegenkommen. Hier liegt die entscheidende Aufgabe aber auch die Verantwortung der Labour Party: die wahren Interessen der britischen Demokratie gegen die Kurzsicht und die reaktionären Sympathien großer Teile des englischen Bürgertums durchzusetzen. In der politischen Geschichte der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts können die Labourführer nachlesen, welche Rolle Männer wie Canning und Palmerston beim Erwachen der bürgerlichen Demokratie auf dem Kontinent gespielt haben, ohne dabei etwas anderes zu vertreten als die wohlverstandenen Interessen der britischen Nation.

»Zonen der Kriegsgefahr«.

Mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund, dem einige Jahre vorher bereits einige kleinere amerikanische Staaten vorangegangen waren, wurde die Reduzierung der Société des Nations auf eine vorwiegend europäische Gemeinschaft offensichtlich. Der jüngste argentinische Vorstoß gegen die Untätigkeit Genfs in der abessinischen Frage scheint nunmehr der Auftakt zu einer weiteren Separation außereuropäischer Mitglieder zu sein. Man hörte von einem kollektiven Rückzug der noch verbliebenen amerikanischen Mitgliedsstaaten, die da-

für eine Intensivierung der panamerikanischen Bewegung anstreben sollen.

In dieser Beschränkung des Genfer Bundes auf Europa zeigt sich eine doppelte Tendenz der weltpolitischen Entwicklung, die seit dem Weltkrieg zu immer größerer Bedeutung gelangt, nämlich erstens die Spaltung der Welt in unabhängige, aneinander nicht allzu interessierte Großräume und zweitens die Intensivierung der eigenen Dynamik dieser Räume, die sich der europäischen Bevormundung immer mehr entziehen.

Wie dieses veränderte Weltbild nun aussieht, welche Gliederung es hat und inwiefern letztlich doch die Ausstrahlungen der verschiedenen Großräume zumindest in Europa die politische Entwicklung beeinflussen, das zeigt Gregor Bienstock in einer soeben in der Verlagsanstalt »Graphia« erscheinenden Schrift »Europa und die Weltpolitik, die Zonen der Kriegsgefahr«. Bei einem solch geschulten Marxisten und sowohl historisch wie geopolitisch fundierten Schriftsteller wie Bienstock, ist die Darstellung selbst dann reizvoll und anregend, wenn sie so ins Detail geht, wie es ihm in den Rückblicken auf die Entwicklung der europäischen Gegensätze notwendig erscheint. Plastisch und aufschlußreich wird dann aber das Kernstück der Schrift, das zweite Kapitel »Teilung des Planeten«, in dem Bienstock einen durch Kartenskizzen verdeutlichten Querschnitt durch die fünf Großräume der Weltpolitik (das Indiameerreich, den Vorderen Orient, Afrika, den Pazifikraum, Amerika und schließlich die USSR) gibt. Hier ist er offensichtlich in seinem Element und zeichnet ein scharfumrissenes Bild jedes dieser weltpolitischen Kraftfelder, seinen Raum und seine besonderen Gesetze. Ob Bienstock mit seiner Schlußfeststellung: »Das Kernproblem der heutigen Weltpolitik liegt also keineswegs in den Spannungen zwischen Rußland und Deutschland oder zwischen Deutschland und Frankreich, sondern wird durch das weltpolitische Dreieck: Deutschland-England-Japan umgrenzt« eine unanfechtbare Formulierung gefunden hat, bleibe ununtersucht. Mit seiner aus einem reichen Material geschöpften Feststellung, daß die politischen Schicksalsfragen von heute nicht aus der europäischen Enge zu erkennen und zu lösen sind, hat er zweifellos recht. Bernhard Menne.

BUCHBESPRECHUNGEN

Dr. D. Gawronsky: Friedrich Nietzsche und das Dritte Reich. Verlag Herbert Lang & Cie., Bern 1935, 64 Seiten.

Die lesenswerte Broschüre geht von der Tatsache aus, daß sich sowohl die Nationalsozialisten wie ihre grimmigsten Gegner mit Vorliebe auf Nietzsche berufen. Der Verfasser erklärt das aus der Doppelnatur Nietzsches und aus den verschiedenen Phasen seiner Entwicklung, die vielfach diametral entgegengesetzte Auffassungen zeitigten. Trotzdem konstruiert Gawronsky die These, daß Nietzsche, mit seinem »mystischen Irrationalismus«, seiner Herrenmoral und Führer-Ideologie, die deutsche Seele, wie sie sich im Nationalsozialismus offenbart, getreu widerspiegelt, und er belegt diese These mit einer Reihe von Zitaten, ohne zu berücksichtigen, daß man auch die gegenteilige These mit ebensoviel Zitaten belegen und mit größerer innerer Berechtigung vertreten könnte. Und was die »deutsche Seele« betrifft, so wird Gawronsky, obwohl er manches Kluge und Zutreffende darüber sagt, das Opfer einer gewaltigen Ueberschätzung und Verallgemeinerung der negativen Merkmale des heutigen Deutschland, bei gleichzeitiger Unterschätzung des »anderen Deutschland«, das unter Hitler mundtot gemacht worden ist. Aus dieser falschen Perspektive ergibt sich die bedauerliche Tatsache, daß Gawronsky gegen seinen Willen, der geistigen Falschmünzerei Vorschub leistet, die der Nationalsozialismus mit dem Namen eines Philosophen betreibt, der, nach den Worten Benedetto Croces, »eigentlich mehr ein Dichter war und in seinem Herzen die Sehnsucht nach Reinheit und Größe trug«.

A. Stein.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.